Dienstag, 18. Dezember 1923. Einzelnummer 30000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 286.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsstelle 500 000
bei den Ausgabestellen 505 000
durch Zeitungsboten 510 000
durch Post inkl. Geb. 513 000
ins Ausland 700 000 poln. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als Grundpreise. Der Verlag behält sich das Recht vor, bei zu großer Teuerung eine Nachforderung für den laufenden Monat zu erheben.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 20 000 M. Reklameteil 50 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 20 000 M. „ *) Reklameteil 50 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Der Ruck nach links in Polen.

Schon der Ausfall der Wahlen in England gab Veranlassung, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die Sache mit dem Ruck nach rechts in Europa, von dem in der letzten Zeit häufig die Rede war, doch nicht ganz den Tatsachen zu entsprechen scheine. Nun hat sich auch in Polen etwas ereignet, was kaum anders aufgefaßt werden kann, als ein Ruck nach links. Druck ruft Gegendruck hervor. Das alte Gesetz hat sich auch hier wieder bewahrheitet.

Was ist geschehen? Um den Einfluß der nationalen Minderheiten möglichst abzuschwächen, wurde vor einigen Monaten eine künstliche polnische Mehrheit geschaffen. Künstlich: Denn der einzige Kitt, der sie zusammenhielt, das einzige Bindemittel, war eben die gegen die Minderheiten gerichtete Politik. Die Erfolge dieser Politik, das heißt ihre Mißerfolge, traten schon bald nach der Schaffung dieser künstlichen Mehrheit deutlich zutage, und je weiter die Zeit fortschritt, eine desto deutlichere Sprache redeten die Geschehnisse. Diese Sprache konnte nicht überhört werden, — wenn man auch so tat, als wenn man sie nicht hörte. Die schlecht gekittete „Mehrheit“ kam ins Wackeln. Ihr Einsturz war zu erwarten. Wie sie jetzt eingestürzt ist, ist bezeichnend genug.

Am 1. Januar 1924 läuft der Vertrag der Piasten mit der Rechten ab. Vorher noch sollte durchaus der Entwurf des Landaufteilungsgesetzes unter Dach und Fach gebracht werden. Dieser Entwurf versetzte der dahinsiechenden „Mehrheit“ den Todesstoß. Was ist es mit diesem Entwurf?

Es wurde schon mehr als einmal ausgesprochen: Mit diesem Entwurf sollte eine Ungerechtigkeit zum Gesetz erhoben werden. Eine Ungerechtigkeit — erstens gegen die deutschen Landwirte in unserem Teilgebiet. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Landwirte ein Vorrecht für sich verlangen, wie der „Dziennik Poznański“ vor einigen Tagen behauptete (Nr. 284 „Die Deutschen in Polen verlangen Vorrechte“). Wir haben schon wiederholt, und zuletzt vor acht Tagen (Nr. 280: „Eine neue Bedrohung des Deutschtums in Polen“) darauf hingewiesen, daß einige der Bestimmungen des Gesetzentwurfs sich unmittelbar gegen den deutschen Grundbesitz im ehemals preußischen Teilgebiet richten. Für dieses Gebiet würde das Gesetz in der Praxis tatsächlich ein Ausnahmegesetz gegen den deutschen Grundbesitz werden. Nicht Vorrechte verlangen die deutschen Landwirte für sich, sondern nur, daß sie wirklich mit dem gleichen Maßstab gemessen werden wie ihre Berufs- und Standesgenossen polnischer Nationalität, und daß sie nicht um Grund und Boden gebracht werden, wo dem polnischen Landwirt auch bei Durchführung einer Aufteilung die Möglichkeit eines Restbesitzes bleibt. — Ungerecht würde aber das geplante Gesetz auch gegenüber denen gerade sein, die es schützen solle. Das Gesetz, durch das in der Theorie kleine Bauerngüter geschaffen werden sollen, würde, wenn der jetzt im Sejm vorgelegte Entwurf Wirklichkeit geworden wäre, Hunderte von kleinen Besitzern, die nicht mehr als 20 Hektar haben, um ihren Besitz bringen.

Auf der einen Seite erheben sich also gegen dieses Gesetz — trotz „Dziennik Poznański“ und „Gazeta Warszawska“ — Bedenken der Gerechtigkeit, auf der anderen Seite schwere wirtschaftliche Bedenken.

Wie soll diese „Agrarreform“ durchgeführt werden? Und mit welchem Geld soll sie durchgeführt werden? Die viel angefeindete preußische Ansiedlungskommission hat, wenn wir recht unterrichtet sind, jährlich höchstens hundert neue Landstellen geschaffen. Und diese Kommission hatte reichliche Mittel und einen vortrefflich eingearbeiteten Beamtenapparat. Jetzt will man in kurzer Zeit das ganze Land mit kleinen Bauerngütern bedecken. Jetzt! Wo ist das dazu nötige Geld? Wo ist der dazu nötige Beamtenapparat? Auch polnische Abgeordnete — nicht nur Vertreter der nationalen Minderheiten — haben es ausgesprochen, daß das Gesetz in der Gestalt seines jetzigen Entwurfes gar nicht verwirklichbar ist, daß es eine Utopie ist. Aber selbst wenn es verwirklicht werden könnte, wenn wirklich das dazu nötige Geld und der dazu erforderliche Beamtenapparat vorhanden wäre, kann man wirklich glauben, daß die Durchführung dieses Gesetzes der Wirtschaft unseres Landes zum Vorteil gereichen würde? Wer die wirklichen Verhältnissen kennt, kann von einer Zerschlagung des rationell und intensiv arbeitenden, wirtschaftlich und technisch gerüsteten Großgrundbesitzes in unserem Gebiet und von seiner Ersetzung durch eine Menge wirtschaftlich schwacher, finanziell wenig leistungsfähiger und (auch das ist zu befürchten) vielleicht auch wenig erfahrener und mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertrauter kleiner Besitzer keine wirtschaftlichen Vorteile für den Staat erwarten, sondern das Gegenteil. **Nicht Egoismus ist es, was einen großen Teil der Landwirte zur Opposition gegen diesen Gesetzentwurf zwingt, sondern wirtschaftliche Einsicht und Erkenntnis der katastrophalen Folgen, die die Durchführung eines solchen Gesetzes der Wirtschaft des Staates bringen kann.** Kein einsichtiger und gerecht empfindender Landwirt wird sich der Forderung verschließen, daß ein richtig bemessener Teil des größeren Besitzes zu Ansiedlungszwecken hergegeben wird und zur Versorgung derer mit Land, deren landwirtschaftliche Tätigkeit nicht nur ihnen selbst, sondern auch der Allgemeinheit und dem Staate zugute kommen kann.

Die Vertreter der deutschen Minderheit in Polen, deren gegen das geplante Landaufteilungsgesetz gerichteten Stimmen hier im Lande nicht Gehör zu finden schienen, haben sich notgedrungen wieder einmal an den Völkerbund gewandt. Das ist ihnen von einem Teil der polnischen Presse wieder übel ausgelegt worden. Mit erhobenem Finger spricht diese Presse wieder von einem „schlüpfrigen Weg“ und von „Staatsverrätern.“ Die deutsche Minderheit in Polen, so wird behauptet, maße sich ein Recht an, das ihr nicht zustehe. Diese Behauptung ist falsch. Daß die deutsche Minderheit auf Grund des Minderheitenschutzvertrages das Recht hat, den Völkerbund zu unterrichten über schon geschehene oder geplante Maßnahmen, in denen sie minderheitenfeindliche Ausnahmemaßnahmen sieht (ob mit Recht oder Unrecht, kommt zunächst nicht in Frage), — das ist von maßgebender Seite einwandfrei festgestellt worden.

Dieses Recht wird auch durch die Alarmrufe und Anklagen des „Dziennik Poznański“, des „Kurjer Poznański“ und der „Gazeta Warszawska“ nicht aus der Welt geschafft, und von diesem Recht wird die deutsche Minderheit in Polen, wenn es eben nicht anders geht, auch weiterhin Gebrauch machen. Täte sie es nicht, dann würde sie in törichter und unverantwortlicher Weise auf ein Mittel zum Schutze ihres Daseins verzichten, das ihr die Verbandsmächte selbst in die Hand gegeben haben.

Und mit diesem Recht muß jede Regierung Polens rechnen.

Die Regierung Witos-Korfanty ist dahin. Wer sind die kommenden Männer? Kaum je zuvor schien die Zukunft in so trostlosen Nebel gehüllt wie jetzt. Wer ist der Mann, der es fertig brächte, den gewaltigen Ansprüchen dieser schweren Zeit und der ungewöhnlichen Lage gerecht zu werden? Der Mann, der so klug wäre, und dem das wirkliche Wohl des Staates so am Herzen läge, daß er sich von jedem parteipolitischen Dogma, von jeder Romantik, freizumachen vermöchte, und trotz Geschrei der Menge und allen Anfeindungen und Beschimpfungen zum Trotz — vielleicht selbst im Widerspruch zu früheren eigenen Ueberzeugungen — die Kraft und die Entschlußfähigkeit hätte, wirkliche Realpolitik zu treiben?

Wir begannen mit der Feststellung, daß auch in Polen ein Ruck nach links zu merken ist. Diese Feststellung bedeutet weder Bedauern noch Freude. Für uns handelt es sich nicht um rechts oder links, sondern darum, daß wir eine Regierung bekommen, die grundsätzlich allen minderheitenfeindlichen Maßnahmen entsagt und dadurch das Band zwischen Staat und Minderheiten fester knüpft, — zum Vorteil für die Minderheiten, zu noch größerem Vorteil für den Staat.

Der neue Ministerpräsident: Thugutt?

Der Staatspräsident hat den Abgeordneten Thugutt, den Führer der Wyzwoleniegruppe, mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Aus Warschau wird berichtet: Dem Vernehmen nach soll der Abg. Thugutt ein parlamentrisches Kabinett bilden. Thugutt konferierte am Sonnabend mit dem Abg. Chaciński (Christl. Dem.), Taraszkiewicz (Weißruss.), Waszkiewicz (Nat. Arb.-Part.). Die Nationale Arbeiterpartei sagte Thugutt ihre Unterstützung zu. Thugutt erwähnte im Gespräch mit dem Abg. Taraszkiewicz, als Kandidaten für den Posten des Kriegsministers kämen in erster Linie Piłsudski und General Sikorski in Betracht. Eventuell würde einer von ihnen Chef des Generalstabs werden. Als künftigen Außenminister nannte er Alexander Skrzyński, als Finanzminister Władysław Grabski. Thugutt selbst würde das Portefeuille des Innern übernehmen.

Am Sonntag setzte Thugutt seine Konferenzen mit den Parteivertretern fort. Er verhandelte mit den Abgg. Stroński und Dubanowicz und mit dem Parlamentsausschuß des Wyzwoleniegruppe.

Die Wyzwoleniegruppe soll sich in der Sitzung ihrer Parlamentsfraktion mit 27 gegen 11 Stimmen für die Kabinettsbildung durch Thugutt ausgesprochen haben. Dafür sprach sich auch Abg. Dąbski aus, dagegen aber der Abg. Putek.

Am Sonntagabend begab sich der Abg. Thugutt ins Belvedere. Nach seiner Rückkehr von dort erklärte er Pressevertretern gegenüber, er hätte den Staatspräsidenten um Verlängerung der Frist für die Kabinettsbildung bis Dienstag gebeten. Der Staatspräsident hätte dazu seine Zustimmung gegeben.

Bürgerrecht und Ansiedlerfrage vor dem Völkerbund.

Neue deutsch-polnische Verhandlungen in Genf über das Bürgerrecht.

Paris, 14. Dezember. (Pat.) Der Völkerbundrat beriet heute über die Frage der Erlangung der polnischen Staatsbürgerschaft und über Fragen, die sich aus den Artikeln 3 und 4 des Minderheitenschutzvertrages ergeben. Der Berichterstatter Souza Dantas verlas sein Referat über diesen Gegenstand, wie auch über das polnische Memorial, das durch den polnischen Gesandten in Berlin, Olszowski, redigiert worden ist. In diesem Memorial beruft sich der polnische Vertreter auf das Programm der polnisch-deutschen Verhandlungen, das am 20. Juli 1922 in Dresden durch die Bevollmächtigten Polens und Deutschlands festgelegt wurde, und schlägt vor, daß möglichst bald Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland in Genf unter Vermittlung des Völkerbundes angeknüpft werden über die Anwendung des Artikels 4 des Minderheitenschutzvertrages sowie über die Frage des doppelten Wohnsitzes und des ständigen Wohnsitzes ohne Unterbrechung im Zusammenhang mit Art. 3 des erwähnten Vertrages.

Gleichzeitig Verhandlungen an einem anderen Orte.

Gleichzeitig und gleichlaufend sollten deutsch-polnische Verhandlungen an einem zwischen beiden Regierungen zu vereinbarenden Orte zum Zwecke der Regelung der in dem Dresdener Programm vom 20. Juli 1922 erwähnten und bisher nicht erledigten Angelegenheiten stattfinden. Der Völkerbundrat nahm die Erklärung der polnischen Regierung zur Kenntnis und billigte das erwähnte Verhandlungsprogramm.

Die Frage der Ansiedler.

Hierauf ging der Rat zur Frage der deutschen Ansiedler in Polen über. Der Berichterstatter Souza Dantas teilte die Note des polnischen Außenministeriums vom 1. Dezember mit, in der die polnische Regierung eine Lösung vorschlägt, die, ohne dem von Polen aufrecht erhaltenen Grundsatz zu widersprechen, die Frage der finanziellen Verhältnisse zwischen dem polnischen Fiskus und den vertriebenen Ansiedlern praktisch lösen könnte, und die eine Einstellung der Entfernung derjenigen Ansiedler vorsähe, gegen die die Urteile noch nicht zur Vollstreckung gelangt seien, jedoch mit dem Vorbehalt des Rechtes, alle bereits eingeleiteten Prozesse fortzusetzen. Der Berichterstatter erklärte zum Schluß, daß eine nähere Prüfung der in der polnischen Note aufgeworfenen Fragen die Hilfe anderer Mitglieder des Völkerbundrates unerläßlich mache, weshalb er darum bitte, ihm noch wenigstens zwei Mitglieder des Rates beizugeben, mit denen er endgültige Anträge in den erwähnten Angelegenheiten ausarbeiten werde. Der Völkerbundrat ernannte dazu die Vertreter Englands und Italiens. Diese sollen gemeinsam mit dem Berichterstatter an die Abfassung einer Resolution herantreten, die dann dem Völkerbundrat zur Billigung vorgelegt wird. Diese Unterkommission versammelte sich heute nachmittag zu einer Sitzung und beriet eine Stunde lang unter Teilnahme der Vertreter Polens Skirmunt und Olszowski, die eine Reihe von Aufklärungen erteilten.

Der polnische Munitionslagerplatz in Danzig.

Paris, 14. Dezember. (Pat.) Auf der heutigen Morgensitzung des Völkerbundrates wurden die gestern begonnenen Beratungen über die Zuerkennung eines Ortes auf dem Territorium der Freien Stadt Danzig zur Entladung von Sprengstoffen sowie Kriegsmaterial, das für Polen bestimmt ist, fortgesetzt. Von seiten Polens waren bei der Sitzung anwesend: der Delegierte Skirmunt, der stellvertretende Generalkommissar Morawski und Admiral Zwierkowski, von seiten Danzigs Oberbürgermeister Sahm. Nach Verlesung des Referats durch Quinones de Leon und nach von den Herren Skirmunt und Sahm erteilten Auskünften, nahm der Rat grundsätzlich den von Minister Skirmunt gemachten Vorschlag an und beschloß, sich an die Vorsitzenden der Transitkommission der ständigen Heeres- und Meereskommission des Völkerbundes mit der Bitte zu wenden, daß jeder von ihnen zwei Sachverständige ernennen möge, um an Ort und Stelle Erhebungen in der betreffenden Frage vorzunehmen.

Präsident Sahm ist zufrieden.

Präsident Sahm gab, wie der Vertreter der „Tel.-Un.“ telegraphiert, seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Entscheidung in dem mitgeteilten Sinne gefallen sei, da sie die Aussicht auf die Erstattung eines unparteiischen Gutachtens durch die an Ort und Stelle tätige technische Kommission eröffne. Von polnischer Seite sei noch im letzten Augenblick der Versuch gemacht worden, eine Änderung der Entscheidung zugunsten des Einflusses der ständigen Militärkommission des Völkerbundrates herbeizuführen. Es gelang jedoch, die polnischen Argumente zurückzuweisen.

Ein Pulverschiff im Danziger Hafen.

Das Schiff „Verona“ ist, wie die „Danz. N. N.“ melden, Sonnabend früh kurz nach 8 Uhr im Danziger Hafen eingetroffen, hat an der Nordseite des Freihafens festgemacht und mit der Entladung der polnischen Munition — 330 Tonnen rauchloses Pulver — begonnen.

(Siehe auch S. 3: Der Völkerbundrat im Schlepptau Frankreichs.)

Innere Grenzregulierung in der Tschechoslowakei.

Prag. 15. Dezember. (Pat.) Wie die „Narodni Politika“ meldet, werden demnächst Verhandlungen über die Grenzen zwischen dem Ruthenisch-Karpathischen Gebiet und der Slowakei beginnen.

Das Landaufteilungsgesetz.

In seiner Sejmrede am Freitag voriger Woche (vgl. Pos. Tagebl. Nr. 285) sagte der Abgeordnete Somschor von der deutschen Fraktion:

„Der uns vorgelegte Gesetzentwurf über die Parzellierung und Siedlung widerspricht der Verfassung und den Interessen des Staates. Die Staatsverfassung sieht nicht die Wegnahme des Eigentums ohne Entschädigung vor. Das Gesetz zerstört den jetzigen Stand der Landwirtschaft durch die Entfernung tüchtiger und erfahrener Landwirte, es schafft ein wirtschaftliches Chaos im Lande und führt das Reich einer immer weiter um sich greifenden finanziellen Krise zu. Nach der Annahme dieses Gesetzes wird niemand im Reich seines ländlichen Besitzes sicher sein. Was man an Landbesitz nicht enteignet, der das Höchstmaß von 180 Hektar übersteigt, kann man auf Grund des Art. 1 Abschn. D. d. unter dem Vorwande schlechter Bewirtschaftung wegnehmen.

Das Gesetz, das eine rückwirkende Kraft hat, vergewaltigt die Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen im Lande, es hebt die hypothekarischen Sicherungen der Stiftungen auf, beschränkt den ländlichen Besitz der Kirchengemeinden, löst die Pachtverträge auf und streicht die hypothekarischen Eintragungen rückwirkend bis zum 16. September 1919.

Das uns vorgelegte Gesetz ist ein Ausnahmegesetz, da es die Bürger des Staates in Gruppen teilt, und zwar in solche, denen man den ländlichen Besitz nehmen und in solche, denen man diesen Besitz geben kann.

Das Gesetz ist eine politische Strafbestimmung, and zwar deshalb, weil auf Grund des Art. 1 Abs. D, b, c den Bürgern, die Jahrzehnte zurück unter vollkommen anderen politischen Bedingungen auf Grund der bestehenden Gesetze dem Staate Land verkauften oder welches von ihm erwarben, heute der Besitz restlos weggenommen werden soll. Das Gesetz hat endlich eine ganze Reihe von Mängeln und weist verschiedene Lücken auf, die nachträglich durch die Ausführungsbestimmungen ausgefüllt und ergänzt werden sollen, wodurch das Gesetz den ursprünglichen Charakter verlieren würde. Das Gesetz räumt dem Minister für Bodenreform ganz besonders weitgehende Vollmachten ein. Er kann das Jahreskontingent erhöhen und ermäßigen und die staatlichen Verdienste des einzelnen Bürgers einschätzen.

Der Kardinalfehler dieses Gesetzes ist der Mangel einer finanziellen Grundlage. Ungeachtet dessen, daß mehrere Artikel dieses Gesetzes auf das Finanzsanierungsgesetz für Bodenreform Bezug nehmen, wissen wir doch alle genau, 1. daß dieses Gesetz noch nicht besteht, 2. daß es ungewiß ist, wann es angenommen wird und 3. wenn es auch endlich angenommen sein wird, so wird es ein bloßer Fetzen Papier sein im Hinblick auf die leere Staatskasse. Und eine Bodenreform ohne die Möglichkeit ihrer Finanzierung ist eine Utopie und der Ruin des Landes.

Das besprochene Gesetz ist technisch und finanziell undurchführbar. Die Aufteilung der beiden vorgesehenen Kontingente für die Jahre 1923 und 1924 (440 000 Hektar) ergeben bei 25 Hektar pro Wirtschaft über 17 000 Siedlungen. Die Schaffung einer derartig hohen Zahl von Ansiedlungen im Laufe eines Jahres ist eine technische Unmöglichkeit, weil die preußische Ansiedlungskommission bei ihrem glänzenden Verwaltungssystem nur 1000 pro Jahr schaffen konnte. Schätzen wir den Hektar beispielsweise mit 2000 Goldmark ein, so erhalten wir die zu bezahlende Summe von 880 000 Goldmark, wenn wir diese unter Hinzufügung der Verwaltungskosten in Höhe von 120 000 Goldmark abrunden, so erhalten wir eine Milliarde Goldmark. Und diesen Betrag kann der heutige Staatsschatz nicht bezahlen. Deshalb ist von unserem Standpunkte aus gesehen das uns vorgelegte Gesetz eine Fiktion, von der nur die politische Schärfe bleiben wird, das gegen die Minderheiten Polens und an erster Stelle gegen die Deutschen gerichtet ist. Deshalb wird unsere Fraktion das Gesetz in allen seinen Punkten bekämpfen.

Gehen wir zum § 1 dieses Gesetzes über, so tritt die politische Bedeutung desselben in seiner vollen Schärfe ganz besonders hervor.

Die Wegnahme der Grundstücke der Kirchengemeinden und die Übernahme der Besoldung der Geistlichkeit durch den Staat in der Höhe der enteigneten Grundstücke ist nichts anderes als die Verstaatlichung der Gewissensfreiheit in Polen und die Abhängigkeitsmachung der Geistlichen von den regierenden Parteien. Die Enteignung der ländlichen kirchlichen Stiftungen, ohne Rücksicht auf ihre Stiftungsbestimmungen bedeutet die Vernichtung vieler kirchlichen Wohltätigkeitsanstalten. Das kommt der vollkommenen Lahmlegung der kirchlichen Stiftungen gleich. Denn es wird wohl wenig Stifter geben, die etwas stiften werden ohne die Gewißheit zu haben, daß ihre Stiftungen der Bestimmung zugeführt werden. Den Gipfel der politischen Rache bildet Art. 1 D. b. c. und Art. 2. Es ist dies eine Strafexpedition, gerichtet gegen eine bestimmte Gruppe von polnischen Staatsbürgern dafür, daß sie früher unter vollkommen anderen politischen Bedingungen auf Grund der damals bestehenden Gesetze von den Regierungen Land gekauft oder an sie verkauft haben. Und dafür sollen sie und ihre Nachkommen bestraft werden.

Hohes Haus! Der polnische Staat treibt auch Siedlungspolitik, und zwar militärischer und privater Art. Sie unterscheidet sich jedoch von der preußischen Kolonisation dadurch, daß jene an erster Stelle wirtschaftliche und dann politische Ziele verfolgte, die polnische dagegen verfolgt nur rein politische Ziele. Deshalb brachte die preußische Kolonisation gewisse wirtschaftliche Vorteile, während man das von der polnischen nicht sagen kann. (Zwischenruf auf der Rechten: „Gehen Sie nach Berlin!" — Antwort Somschor: „Meine Herren, wenn ich nach Berlin gehen werde, dann ist das nichts. Aber wenn Sie nach Berlin gehen, wird es schlimmer sein!")

Deshalb sind die früheren preußischen Teilgebiete das Land der Verheißung für polnische Reemigranten, Würdenträger und verschiedene politische Schieber. Es gibt wohl keinen Polen im Lande, der nicht davon träumen möchte, eine wenn noch so bescheidene Besitzung in Pommerellen zu erwerben, und es gibt wohl keinen Staatsmann, an dem nicht bei Verlassen seiner politischen Laufbahn ein deutsches Grundstück kleben bleiben würde.

Und welchen Preis bezahlte man für den Pakt Chjena-Piast? War es nicht der Preis der deutschen Grundstücke im Posenschen und Pommerellen? Lesen Sie, bitte, den Artikel 34 dieser Vorlage. Er lautet also: „Grundstücke, die nicht zu Parzellierungszwecken von polnischen physischen und rechtlichen Personen erworben worden sind, sei es aus der Zahl der privaten Grundstücke, die der Staat auf Grund Abschn. b Art. 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1920 über die Liquidation der Privatgrundstücke auf Grund des Friedensvertrages zu Versailles übernommen hat, sei es aus der Zahl der privaten Grundstücke, die auf Grund des Abschn. b Art. 2 der Liquidation bzw. dem Zwangsaufkauf unterliegen, können erst auf Grund dieses Gesetzes nach Ablauf der Frist von 18 Jahren zum Zwecke der Bodenreform enteignet werden.

Meine Herren! Dieser Artikel beweist ganz genau, auf welche Weise die regierenden Parteien sich den deutschen Besitz in der Westmark gesichert haben. Es wäre doch anzunehmen, daß die vom Staate übernommenen Grundstücke an erster Stelle der Parzellierung zugeführt werden und nicht in die Hände verschiedener politischer Schieber für 18 Jahre gelangen sollten. Auf den Stand der polnischen Kolonisation in den Ostmarken finde ich es für unnötig einzugehen, da die Herren Kollegen aus den ukrainischen und weißrussischen Fraktionen wiederholt die Sache beleuchtet haben. Ich frage Sie nur, wer übernimmt die Verantwortung für das Leben und den Besitz dieser polnischen Kolonisten, die heute im guten Glauben zur polnischen Regierung gen Osten gehen, falls eine Kriegswelle unser Land überfluten sollte.

Durch die Festlegung des politischen Strafsystems in diesem Gesetzentwurfe berauben Sie Ihre Kolonisation sämtlicher rechtlichen Grundlagen. Denn Sie beweisen es vor der ganzen Welt, daß jede Kolonisation eine Fiktion ist, die je nach der politischen Lage eine Änderung erfahren kann.

Der angeführte Art. 34 beruft sich auf den Versailler Friedensvertrag und auf die hieraus für Polen fließenden Rechte. Der Herr Außenminister Skrzyński führte von dieser hohen Stelle aus, daß Polen auf den internationalen Verträgen aufgebaut sei. Das war der erste Staatsmann, der in dieser Weise das Bestehen des polnischen Staates begründete. Hieraus folgt der Schluß, daß die Zukunft Polens von dem Aufrechterhalten der internationalen Verträge abhängig ist. Dieser Umstand macht dem polnischen Staate die Erfüllung der übernommenen internationalen Verträge zur Pflicht. Auch der deutschen Minderheit in Polen gegenüber hat unser Staat internationale Verpflichtungen übernommen, die durch die polnische Staatsverfassung gesichert sind. Diese Verpflichtungen hat aufs neue das Haager Schiedsgericht beleuchtet. Es liegt deshalb im Interesse Polens, dieselben zu erfüllen. Der polnische Staat darf nicht nur dann das Urteil des Völkerbundes anerkennen, wenn er z. B. die Ostgrenzen festlegt, sondern auch dann, wenn er Polen an die Erfüllung der übernommenen Pflichten erinnert. Deshalb ist Art. 1 Abs. D. b. c. und Art. 2 eine versteckte Umgehung der internationalen Verpflichtungen. Und das Wohl des Staates verlangt es, daß ich dieses von dieser hohen Stelle klar und offen ausspreche.

Ein rechtlicher Nonsens ist Art. 1, Abschn. D. d., der die schlecht bewirtschafteten Grundstücke behandelt. Was bedeutet das: schlecht bewirtschaftete Grundstücke? Weshalb fürchtet sich das gesetzgebende Haus, hierüber klar und deutlich seine Meinung auszusprechen? Wer ist denn der Minister der Bodenreform, der hierzu seine Ausführungsbestimmungen geben soll? Dieser Abschnitt ist nichts anderes als eine politische Klausel, mittels der man sämtliche Grundstücke ohne Rücksicht auf ihre Größe unbequemen Personen wegnehmen kann.

Herr Kowalczuk behauptete gestern von dieser Stelle, daß dieses Gesetz nicht gegen die völkischen Minderheiten gerichtet sei. Bitte, prüfen Sie nach, wem das Land in den West- und Ostmarken abgenommen worden ist und wer es erhalten hat. Hat man es den Polen genommen und den Minderheiten gegeben, oder umgekehrt? Wenn Sie sich die Ausführungen meines Vorredners, des Abg. Herz, vergegenwärtigen, der so ausführlich die Verhältnisse, in denen die Polen in den Westmarken leben, und wie sie von der dortigen Verwaltung zum Wahnsinn getrieben werden, so können Sie sich ein Bild davon machen, wie es der deutschen Minderheit unter der dortigen Verwaltung ergeht.

Der Art. 1 in seinen Abschnitten b, c, d ist klipp und klar gegen die deutsche Minderheit in Polen gerichtet.

Weiter führte der Abg. Kowalczuk aus, daß wir noch immer in der Lage seien, zu der Gesetzesvorlage Verbesserungsanträge zu stellen. Ich habe es nicht erwartet, daß der Herr Vorsitzende der Landwirtschaftskommission so böswillig sein könnte. Anträge stellen können wir wohl, aber wer wird sie annehmen? Weiß denn der Herr Vorsitzende nichts davon, daß der Ausgang der Beratung in der Landwirtschaftskommission von vornherein in dem Chjena-Piastenpakt festgelegt war? Ist dem Herrn Vorsitzenden nicht bekannt, daß diese Beratung nur eine Komödie war? Ungeachtet der Proteste der gesamten Linken beriet man ruhig weiter, teils in der Vollsitzung, teils in der Unterkommission. Und ist nicht die gewaltsame Forcierung dieser Gesetzesvorlage im Sejm durch die langen Sitzungen bis tief in die Nacht hinein nicht eine Vergewaltigung der Linken?

Der uns vorliegende Gesetzentwurf unterscheidet sich von dem Bodenreformgesetz vom 15. Juli 1920 dadurch, daß jenes eine gewisse gesetzliche Grundlage hatte. Man konnte Berufung beim Gericht einlegen, und dieses hemmte oftmals den übermäßigen Appetit auf die deutschen Wirtschaften in Polen. Diesen Umstand empfanden viele Herren als unbequem, und deshalb ist die neue Gesetzesvorlage voll und ganz der Justiz entzogen. Und aus diesem Grunde trägt dieser Entwurf den Charakter eines Raubgesetzes, weil in Ermangelung der Geldmittel zur Finanzierung der Bodenreform in erster Linie die gut bewirtschafteten Grundstücke der völkischen Minderheiten zum Opfer fallen werden. Denn man ist der Meinung, daß diese straflos unentgeltlich enteignet werden können.

Wir sind für eine gesunde und rationelle Bodenreform, gestützt auf eine vernünftige Finanzierung derselben, und werden uns nicht weigern, für diese Zwecke Land herzugeben. Sie muß aber frei von jeglicher Politik und Parteitreiberei sein und allen Bürgern Polens ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität zugänglich gemacht werden. Deshalb halten wir alle unsere Verbesserungsanträge, die wir in der Kommission gestellt haben aufrecht und werden bei einzelnen Paragraphen mit neuen Verbesserungsanträgen einkommen."

Das künftige polnische Münzsystem.

Nach dem vom Finanzministerium ausgearbeiteten Münzgesetzentwurf soll der Złoty die Münzeinheit Polens sein. Der Złoty soll in 100 Groschen zerfallen. Die grundsätzliche Münzeinheit ist dem Goldfrank gleich.

Münzen sollen geprägt werden: aus Gold zu 100, 20, 10 und 5 Złoty, aus Silber zu 5, 2, zu einem und einem halben Złoty, aus Nickel zu 20 und 10 Groschen, aus Bronze zu 5, 2 und zu einem Groschen.

Der Finanzminister kann nach dem Entwurf auch eine zeitweilige Prägung von Münzen in anderen Metallen anordnen und bestimmt dann die Art des Metalls, die Maße und das Gewicht der Münze.

Die Goldmünzen sollen zu neun Teilen Gold und zu einem Teil Kupfer enthalten, die Silbermünzen zu 5 Złoty zu neun Teilen Silber und zu einem Teile Kupfer, die zu 2, einem und einem halben Złoty 835 Teile Silber und 165 Teile Kupfer enthalten. Die Nickelmünzen sollen aus reinem Nickel geprägt werden. Bei den Bronzemünzen sollen auf 1000 Teile 950 Teile Kupfer, 40 Teile Zinn und 10 Teile Zink kommen.

Die Staatskassen sollen alle Arten von Münzen in jeder Zahl annehmen mit Ausnahme der Fälle, in denen im Sinne der geltenden Vorschriften die Zuständigkeiten in Gold zu entrichten sind. Der Staat kann Goldmünzen ohne Einschränkung der Gesamtquote prägen, dagegen Silbermünzen zu 5 Złoty nur bis zur Quote von 3 Złoty auf jeden Einwohner, dann zu 2, zu einem und einem

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Ein freundliches Lächeln begleitete die Antwort: „Das möchten Sie wohl gerne wissen, Herr Assessor!" — „Ich weiß es bereits! Ganz genau weiß ich es. Es war ein Herr —" — „Stimmt, Herr Assessor!" — „In einem hellen Sommeranzug!" — „Der muß gerade in der Wäsche gewesen sein." — „Mit einem blonden Schnurrbart!" — „Ach nein, Herr Assessor, Schnurrbart hat er keinen gehabt." — „Sondern?" — „Ich dachte, das wissen Sie, Herr Assessor!"

Funke sprang auf und rannte im Zimmer umher. „Handfesseln sollte man dem Burschen anlegen!" schrie er. „Handfesseln und — — zum Henker, was wollen denn Sie schon wieder hier? Sie haben mir gerade gefehlt!"

„Morning, Assessor!" sagte Bohnkraut gemütlich. Er war eingetreten, nachdem sein zweimaliges Klopfen überhört worden war. „Wieso schon wieder? Hatte doch zwei ganze Tage lang nicht das Vergnügen!"

„Und daß Sie mich vor einer Viertelstunde antelephoniert haben, das halten Sie wohl für keine Störung!" — „Ich Sie antelephoniert? Ist mir nicht im Traum eingefallen!"

„Alle neunmalhunderttausend Teufel und die Urgroßmutter dazu, jetzt fangen auch Sie noch an, zu lügen! Haben Sie vielleicht nicht angerufen, ob wir die neue Adresse des Halunken immer noch nicht hätten?" — „You are foolish! Habe nichts gefernsprechert!"

„Dann war es der Spitzbube selber!" entsetzte sich Funke. „Und ich Esel habe ihm auch noch in aller Gemütsruhe erzählt, wir hätten nicht das geringste herausgebracht! —Aber es war doch Ihre Stimme!" — „Ins Bauchrednerische übersetzt, wahrscheinlich!" — Erschöpft ließ sich Funke wieder in seinen Stuhl fallen. „Also ist der Kerl doch noch in Breckendorf!"

Der Häftling verzog das Gesicht zu einem breiten Lachen. „Die Polizei weiß alles!" sagte er ironisch. „Und noch 'ne ganze Menge dazu!"

Funke trommelte nervös mit den Fingern auf die Schreibtischplatte.

„Tararabumdieh, was Sie da trommeln, — is 'nt it?" fragte Bohnkraut und stopfte sich die Pfeife neu. „Habe ich erst gestern singen hören, im Orpheum. Von Adele Cantelli. Todschickes Weib! Sollten Sie mal ansehen, Herr Assessor! Na, mein Geschmack ist es nicht." — „Fahren Sie zum Henker mit Ihren Weibergeschichten!" zischte ihn der Assessor an. „Sind Sie hergekommen, um mir Mikoschwitze zu erzählen?"

„Ich weiß auch einen!" sagte der Häftling. — „Sie halten das Maul!" donnerte Funke. „Das ist ja der reinste Affenstall hier! Aber ich werde schon aufräumen! Mit eisernem Besen werde ich auskehren! Darauf kann sich Breckendorf verlassen!" — „Well," paffte Bohnkraut. „Dann kehren Sie mir zunächst wieder mein Haus zusammen!"

„Soll ich den Mann jetzt wieder in die Zelle zurückführen?" fragte der Schutzmann. Er hatte während des ganzen Verhörs wie eine Statue dagestanden. Auf das Frage- und Antwortspiel hatte er gar nicht hingehört, sondern angestrengt über die Gehaltsordnung nachgedacht, mit der er ebensowenig zufrieden war wie andere Beamte.

„Nein, Sie sollen gar nichts! Das werde ich Ihnen schon von selbst sagen, wenn Sie den Mann abführen können! — Und Sie, jetzt frage ich Sie zum letzten Mal: wollen Sie jetzt gutwillig sagen, wer Sie mit dem Hundestehlen beauftragt hat? Ja oder nein!"

Der Verhörte schwieg und lächelte. — „Nun, so sag's doch, mein Junge!" ermunterte ihn Bohnkraut. — Da hob der Häftling seinen rechten Arm, deutete auf den behaglich schmunzelnden Bohnkraut und sagte: „Der Herr da!"

„Stimmt!" bestätigte Bohnkraut. „Ich habe Dich beauftragt. Hast aber Deine Sache miserabel gemacht. Funke fuhr auf, wie von einem Floh gestochen. (Taranteln gibt's in Breckendorf nicht.) „Führen Sie den Häftling ab! Wird heute abend entlassen. Und Sie, Bohnkraut, Unglücksmensch, sind Sie denn ganz von Gott verlassen!! Sind Sie total verrückt geworden?"

Eduard Bohnkraut wartete gemächlich, bis der Schutzmann, der Arrestant und der Schreiber das Zimmer verlassen hatten. „Total verrückt nicht," sagte er dann behäbig, „aber ein bißchen 'n Klaps haben wir ja alle. Erbteil von Mistreß Eva her. — Stimmt, habe Hunde fangen lassen. Hat mich dreihundert Mark gekostet, täglich zehn Mann je zehn Mark. Hätte ich in Amerika sicher billiger bekommen."

„Und ich dachte, Meier III steckt dahinter." — „Oh no, der hat Besseres zu tun. Hat mich erst gestern angeklingelt; verlangt, ich soll mich nicht weiter an seiner Verfolgung beteiligen, sonst könnte ich mich auf allerlei Unannehmlichkeiten gefaßt machen. Frecher Bursche, was?"

„Und was haben Sie geantwortet?" — „Daß ich mich nicht im geringsten fürchte. Hätte stets einen Browning bei mir und sehnte mich lebhaft danach, seinen Anzug als Zielscheibe zu benutzen."

„Aber was haben sie um Gottes willen mit der sinnlosen Hundefängerei beabsichtigt?" — „War gar nicht sinnlos, Sir! Müssen nicht alles für sinnlos halten, was über Ihren werten Horizont geht! Sagte mir: Wenn Du den Hund des Rechtsanwalts fängst, legst Du ihn an die Leine und läßt Dich von ihm führen wie ein Blinder. Vieh wird natürlich heimlaufen wollen, und auf diese einfache Weise erfährt Mister Bohnkraut, wo der Hundepapa und Oberspitzbube seinen Wigwam aufgeschlagen hat. Feiner Plan, nicht?"

„Der Ihnen natürlicherweise mißglückt ist!" — „Nicht natürlicherweise, sondern nur durch ein kleines Mißgeschick. Hatte bereits siebzig Hunde gefangen, hübsche Kerle dabei, Pensionsmutter wollte mich schon wegen ihres Gesanges rausschmeißen, konnte aber nicht feststellen, ob der Advokatenhund darunter war. Hatte nämlich vergessen, wie der Köter heißt. Wußte nur noch, daß er ein Held aus dem Trojanischen Kriege war. Rief also in die Hundeversammlung der Reihe nach: Odysseus!, Priamus!, Paris!, Diomedes!, Achilles!, Agamemnon!, Menelaus!, Patroklus!, Nestor!, Idomeneus!, Philoktet!, — aber die Bestie meldete sich nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

halben Zloty nur bis zu 3 Zloty auf jeden Einwohner und Münzen geringeren Wertes bis zu einem Zloty auf jeden Einwohner.

Die Goldmünzen können entweder auf Rechnung des Staates oder auf Rechnung von Privatpersonen geprägt werden, die die Prägungskosten decken und Goldmengen nicht unter 100 Gramm zur Münzprägung anmelden. Die Münzen aus anderen Metallen sollen ausschließlich auf Rechnung des Staates geprägt werden.

Die Durchführung des Münzgesetzes und die Festsetzung der Termine für die Emission der Zlotymünzen wird dem Finanzminister übertragen. Den Tag des Inkrafttretens des Gesetzes bestimmt ein Dekret des Staatspräsidenten.

Deutsche Schritte in Paris und Brüssel.

Am Sonnabend vormittag wurden die deutschen Geschäftsträger in Paris durch Poincaré und in Brüssel durch den Außenminister Jaspar empfangen. Sie erklärten, daß sie beauftragt seien, über die Wiederkehr einer geregelten deutschen Verwaltung im Ruhrgebiet und Rheinlande zu verhandeln. Poincaré bat um eine schriftliche Darlegung des deutschen Standpunktes. Am Quai d'Orsay wurde erklärt, der Eindruck in französischen Regierungskreisen sei sehr günstig. Es könne jetzt bereits gesagt werden, daß über die Frage der Verhandlungsgrundlage und der geplanten Verhandlungen keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland bestehen. Nunmehr komme es darauf an, was Deutschland vorschlagen werde.

Minister Jaspar in Brüssel erklärte, daß er sich zur Beantwortung der deutschen Vorschläge erst mit der französischen Regierung in Verbindung setzen müsse.

In London wurde eine offiziöse Erklärung veröffentlicht, wonach die unmittelbare Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich von der englischen Regierung sehr günstig aufgenommen wird. Diese Aussprache sei der erste Schritt zur Entwirrung der europäischen Lage seit dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet.

Deutschland will nicht an den Völkerbund appellieren

Berlin, 16. Dezember. **Von deutscher amtlicher Stelle wird gemeldet, daß die deutsche Regierung, bei voller Anerkennung des hohen Wertes eines wirklichen Völkerbundes, nicht die Absicht habe, anläßlich ihrer gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten einen Appell an den bestehenden Völkerbund zu richten.**

Der Völkerbundrat im Schlepptau Frankreichs.

Die „Neue Züricher Zeitung" übt eingehende Kritik daran, daß der Völkerbundrat seine gegenwärtige Tagung nicht in Genf, sondern in Paris abhält, und zwar anscheinend auf die Initiative des französischen Vertreters hin. Diese Verlegung der Tagung des Völkerbundrats bedeute eine starke finanzielle Belastung des Völkerbundes und sei vor allem darum bedenklich, weil die an der Tagung teilnehmenden Pariser Botschafter Japans, Brasiliens und Spaniens sich bei der Beratung von Fragen, welche die Interessen Frankreichs berühren, in der Ausübung ihrer Pflicht zur Unparteilichkeit behindert fühlen würden. Außerdem sei der Gesandte von Uruguay in Brüssel Mitglied des Völkerbundrats. „Zählt man," so fährt das Blatt fort, „die belgischen und französischen Vertreter im Rat hinzu, so besitzt dieser **eine Mehrheit von in Frankreich und Belgien residierenden oder diesen beiden Ländern direkt verpflichteten Diplomaten,** welcher Umstand in der gegenwärtigen, in Europa herrschenden Krise eine Unzulänglichkeit darstellt. Ferner muß gesagt werden, daß der Völkerbundrat seine Tagung in Paris **in unmittelbarer Nähe der Botschafterkonferenz** abhält, die sich ausschließlich aus Diplomaten, die bei der französischen Regierung akkrediert sind, zusammensetzt und in der ein französischer Staatsmann den Vorsitz zu führen hat. Nun hat die Botschafterkonferenz mehr oder minder das Bestreben, sich den Charakter einer eigentlichen Oberregierung Europas beizulegen.

Der „Temps" über Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich.

Aus einem Aufsatz des „Temps" über die mutmaßlichen Absichten der deutschen Regierung ist besonders die Stelle hervorzuheben, in der der „Temps" für eine gewisse Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich England gegenüber eintritt für den Fall, daß, wie aus den kürzlichen Erklärungen Macdonalds ersichtlich sei, sogar eine englische Arbeiterregierung von Frankreich die Zurückerstattung der geschuldeten Summen verlangen sollte. Frankreich hätte zwar das Mittel, durch die C-Bonds die von England verlangten Beträge wieder von Deutschland zu erheben. Aber es wäre vorzuziehen, daß im voraus in dieser Hinsicht eine deutsch-französische Solidarität geschaffen werde. Andererseits aber findet der „Temps" die Andeutung des Reichskanzlers, daß die deutsche Regierung für die Botschafterkonferenz und die Kontrollkommission nicht mehr viel übrig habe, nicht glücklich. Deutschland hätte keine Vorteile aus einer Umgehung der Botschafterkonferenz zu gewinnen, denn niemals würden sich Geldleiher finden, die Deutschland vertrauen, solange über die militärischen Rüstungen nicht Klarheit herrsche.

Freilassung deutscher Ruhrgefangenen.

Nachdem die französische Regierung erklärt hat, daß sie nunmehr den passiven Widerstand als aufgehoben betrachtet und infolgedessen eine Verringerung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes ankündigt, ist nach einer Mitteilung des Generals Degoutte an das Deutsche Rote Kreuz mit der Freilassung einer größeren Anzahl politischer Gefangenen in der nächsten Zeit zu rechnen. Erleichterungen sollen auch den Verurteilten aus dem Ruhrgebiet in der Weise gewährt werden, daß sie in der Zeit vom 23. Dezember 1923 bis 3. Januar 1924 Besuche ihrer Angehörigen an jedem Nachmittag empfangen können. Gleichfalls dürfen bei dieser Gelegenheit Liebesgaben und Weihnachtsgeschenke überreicht werden.

Lloyd George für eine reine Arbeiterregierung.

Ist eine Arbeiterregierung möglich? so fragt Lloyd George im „Daily Chronicle" und antwortet darauf folgendermaßen: Wenn der Geist der Verfassung nicht verletzt werden soll, scheint mir eine Arbeiterregierung jetzt unvermeidlich zu sein. Jeder Versuch, die Verfassung zu ungunsten einer Partei auszulegen, würde das Vertrauen zur Handhabung der englischen Verfassung untergraben. Die Arbeiterpartei hat ein Recht darauf fair play von der Verfassung zu verlangen, der sie gehorchen soll. Jeder Versuch irgendwo die Arbeiterpartei um die Gelegenheit zu betrügen, zur Macht zu gelangen, würde einen Sturm des Unwillens hervorrufen, der die Urheber solcher Versuche in Erstaunen setzen würde. Sie würden obendrein der Verfassung einen nicht wieder gut zu machenden Schaden bereiten, die für ihr erfolgreiches Wirken auf das Vertrauen aller Bevölkerungsschichten zu strenger und unbeugsamer Unparteilichkeit angewiesen ist.

Macdonald gegen Lloyd George.

Lloyd George scheint nachdem seine Annäherung an die Rechtspartei mißglückt ist wieder Anschluß nach links zu suchen. Aber auch dort sind die Aussichten für ihn nicht günstig. In einem Telegramm an die „Newyork World" spricht Macdonald in sehr entschiedener Weise die Ueberzeugung aus, daß der Liberalismus in England überhaupt endgültig erledigt sei, und daß die liberale Partei nur durch die Aufrollung der Schutzzollfrage durch Baldwin zu einem scheinbaren Leben erweckt wurde. Die Frage sei, ob die Liberalen mit den Konservativen vereinigt werden, oder ob sie sich spalten und teils sich an die Rechte, teils sich an die Linke anschließen würden, oder schließlich, ob sie noch weiter die Kräfte für eine selbständige Partei aufbringen können.

Gratulationsdepesche der italienischen Sozialisten nach London.

Rom, 15. Dezember. (Pat.) Die vereinigten Sozialisten haben an den Vorstand der englischen Arbeiterpartei anläßlich des Wahlergebnisses eine Gratulationsdepesche gesandt, die in Faszistenkreisen Unwillen hervorgerufen hat. Es wurden zwischen den Vorständen beider Parteien scharfe Resolutionen ausgetauscht, die in Vorstandssitzungen angenommen worden waren.

Dementi eines italienisch-bulgarischen Geheimvertrages.

Rom, 15. Dezember. (Pat.) Italienische Blätter besprechen einen von der Belgrader „Targowinski Glasnik" veröffentlichten angeblich zwischen Italien und Bulgarien abgeschlossenen Geheimvertrag. Dieser Vertrag wird in Rom als Phantasterei eines serbischen Blattes betrachtet, die keiner ernsteren Aufmerksamkeit gewürdigt zu werden brauche.

Wird Spanien den Tangervertrag unterzeichnen?

Von französischer Seite werden über die Entwicklung der Tangerfrage tendenziöse Nachrichten verbreitet, die eine Richtigstellung erwünscht erscheinen lassen. Demnach trifft es nicht zu, daß Spanien den Vertrag unterzeichnet hat. Der spanische Vertreter hat lediglich die Ermächtigung erhalten, ein Nebenabkommen zu unterzeichnen, das sich auf die Hafenkonzessionen bezieht. Sollte Spanien sich in den nächsten Tagen tatsächlich zu einer Unterzeichnung des Vertrages entschließen, so würde das nach englischer Auffassung sicherlich nur bedingungsweise geschehen und wahrscheinlich unter der Voraussetzung, daß der Vertrag auch von den anderen Signatarmächten der Algeciras-Akte, insbesondere aber von Italien, Holland, Portugal und von den Vereinigten Staaten angenommen werde.

Es kommt dabei in Betracht, daß Italien, wie seinerzeit gemeldet, kurz vor Besuch des spanischen Königs in Rom die Teilnahme an der gegenwärtigen Konferenz verlangt und daß Spanien ganz im Gegensatz zu England und besonders zu Frankreich dieser Forderung zugestimmt hat.

Wird der Vertrag von Spanien unterzeichnet, so wird als nächste Frage die Haltung Amerikas auftauchen, das den Vertrag unter zwei Gesichtspunkten prüfen wird, nämlich in bezug auf die „offene Tür" und in bezug auf die Kapitulationen. Besonders in der zweiten Frage ist, wie die Verhandlungen mit der Türkei gezeigt haben, ein Einspruch Amerikas sehr leicht möglich. In weit stärkerem Maße gilt das von Italien, wo nach hier vorliegenden Informationen die Hoffnung besteht, daß die kommende englische Regierung sich dafür einsetzen wird, dem Vertrag einen internationalen Charakter zu geben. Bis zu einem tatsächlichen Abschluß können also noch Monate vergehen. Inzwischen ist der Vertrag sowohl in Rom wie in Washington zur Kenntnis gebracht worden.

Die Konvention über den Hafen von Tanger.

Am 12. d. Mts. haben der französische, der englische und der spanische Bevollmächtigte auf der Tangerkonferenz eine Konvention über den Bau und die Verwaltung des Hafens von Tanger unterzeichnet. (Vergleiche die obenstehende Meldung.) Es ist darin im wesentlichen bestimmt, daß die Verordnung des Sultans vom Juni 1921, in der die Hafenarbeiten an eine bestimmte Gesellschaft vergeben werden, bestätigt wird. Die scherifische Regierung gewährt der Gesellschaft, die unter scherifischem Gesetz steht, eine finanzielle Garantie. Das Gesellschaftskapital beträgt 7 Millionen Francs. Es können jedoch Obligationen bis zum Betrage von 36 Millionen Franks ausgegeben werden. Der Anteil Frankreichs an dem Unternehmen wird auf 33 Prozent bemessen, der Rest in der Hauptsache auf England und Spanien verteilt. Die ehemaligen Anteile Deutschlands und Österreichs werden auf die scherifische Regierung und die autonome Stadt Tanger übertragen.

Die Krise in Portugal.

Lissabon, 15. Dezember. (Pat.) Der Präsident der Republik nahm das Rücktrittsgesuch des Kabinetts an; gleichzeitig wies er die Forderung der Auflösung des Parlaments zurück.

Keine persische Republik?

Paris, 15. Dezember. **Die persische Delegation dementiert energisch die Gerüchte, wonach die Republik in Persien ausgerufen sei. Die Ordnung im Lande, so wird erklärt, sei allen anderen Meldungen entgegen nicht gestört worden.**

Die mexikanischen Bundestruppen in gefährlicher Lage?

Der Neuyorker Berichterstatter der „Times" meldet, daß die Bundestruppen mit den Rebellen bei Pueblo, in der Nähe von Vera Cruz, im Kampfe stehen. General Obregon führt die Bundestruppen gegen die an der Westküste von Vera Cruz kämpfenden Rebellen unter General Estrada. In Washington hält man die Lage der Bundesregierung für äußerst gefährlich, da die Bundestruppen von allen Seiten angegriffen werden. Es steht ihnen nur noch die Eisenbahn nach Larado zur Verfügung.

Sieg der Regierungstruppen?

London, 15. Dezember. (Pat.) **Reuter meldet aus Mexiko, daß die Regierungstruppen eine große Schlacht mit den Aufständischen hatten und den Sieg davontrugen.**

Washington, 15. Dezember. (Pat.) **Der mexikanische Botschafter teilt mit, daß die mexikanische Regierung im ganzen Lande Herr der Lage sei, mit Ausnahme der Bezirke von Veracruz und Jalisko. Es wird ein starker Angriff gegen die Aufständischen vorbereitet.**

Mustapha Kemals Vergiftung.

Wie der „Daily Telegraph" mitteilt, sind in London Meldungen eingelaufen, wonach Mustapha Kemal Pascha von einer ernsten und geheimnisvollen Krankheit befallen sein soll. Schon kürzlich wurde gemeldet, daß man ihm und seiner Frau Gift in die Speisen gemischt habe. Man weiß noch nicht, ob der unsichere Gesundheitszustand des türkischen Nationalführers einer natürlichen Ursache oder einer Vergiftungserscheinung zuzuschreiben ist. Nichtsdestoweniger steht fest, daß Mustapha Kemal sehr oft außerstande ist, seiner Tätigkeit als Staatschef nachzugehen.

Das japanische Parlament beschließt Wiederaufbaukredite.

Tokio, 14. Dezember. (Pat.) Das japanische Parlament versammelte sich zu einer außerordentlichen Sitzung hauptsächlich zu dem Zweck, um die Kredite für den Aufbau der durch das Erdbeben verwüsteten Orte zu beschließen. Beide Kammern des Parlamentes beschlossen eine Dankadresse an alle Völker zu richten, die Japan ihr Mitgefühl anläßlich der Katastrophe bezeigten.

Schwere Finanzkrise in Deutschland.

Die deutschen Reichsfinanzen, ebenso wie die öffentlichen Finanzen der deutschen Länder und Gemeinden machen gegenwärtig eine Krise durch, wie sie wohl kaum je einem europäischen Lande beschieden war. Die Staatskassen sind leer. Die von der neugegründeten Rentenbank dem Reiche gewährten Kredite sind erschöpft. Eigentlich sollten diese Kredite bis zum 31. März 1924 ausreichen. Da aber die Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen nicht bewerkstelligt werden konnte, so sind die Rentenmarkkredite heute schon verbraucht. Die Notenpresse steht still und soll keinesfalls wieder in Betrieb gesetzt werden.

Durch neue Steuerverordnungen sollen sofort Mittel geschaffen werden, um den Staatsbehörden, der Rechtsprechung, der Polizei und der Reichswehr ihre weitere Existenz und Arbeit zu ermöglichen. Es handelt sich vor allem um die Einkommensteuer für 1923, um eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer von 1924, die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer und Verkehrssteuern. „Daß diese Steuern," so schreibt die „D. A. Z.", „in der erwarteten Höhe und mit der wünschenswerten Pünktlichkeit eingehen, davon hängt zunächst einmal das Weiterbestehen unseres gesamten Verwaltungsapparates in der nächsten Zeit ab. Gehen sie nicht ein, so kommen wir auf dem gesamten Gebiet unserer ganzen Verwaltung zu türkischen Zuständen, oder das Reich und die Länder und Kommunen werden zu einem Ausweg gezwungen, über dessen Natur man sich im Augenblick nicht näher zu äußern braucht, weil er sehr klar zu erschließen ist. Die Eisenbahn, Preußen gehen ja bereits den Weg des Notgeldes."

** **Auflösung des thüringischen Landtages.** Der Gesetzgebungsausschuß des thürigischen Landtages in Jena hat sich mit dem Antrage der Kommunisten auf Landtagsauflösung beschäftigt und bei Abwesenheit der Kommunisten mit 6 gegen 5 Stimmen der Sozialdemokraten die Auflösung des Parlaments beschlossen.

** **Rücktritt des sächsischen Kabinetts.** In der Sonnabendsitzung des Landtags verlas der Landtagspräsident folgende Erklärung der Demokraten: „Ministerpräsident Fellisch hat die von der Deutsch-demokratischen Fraktion gestellte Forderung auf Rücktritt des Ministers Liebmann abgelehnt. Deshalb ist die Deutsch-demokratische Fraktion nicht mehr in der Lage, das Kabinett Fellisch zu unterstützen. Der Landtag wolle beschließen: Ministerpräsident Fellisch und seine Regierung hat nicht mehr das Vertrauen des Landtages." Daraufhin erklärte Fellisch seinen Rücktritt sowie den Rücktritt des gesamten Kabinetts und legte sein Amt sowie die Aemter der Minister in die Hände des Landtags zurück. Die Minister führen bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiter.

Man hatte den Rücktritt des Kabinetts sowieso in den nächsten Tagen erwartet, da mehrere Mißtrauensanträge vorlagen.

** **Arbeiterentlassungen bei der Post.** Mit Rücksicht auf die schwere Notlage des Reiches, die eine starke Einschränkung der Bautätigkeit erfordert, sieht sich die Reichspostverwaltung genötigt, die Zahl der Telegraphenarbeiter allgemein zunächst um 25 Prozent zu verringern. Aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen muß diese Maßnahme schon in allernächster Zeit durchgeführt werden.

** **Niederländische Hilfe für Deutschland.** Vom 17. bis 24. Dezember wird das Niederländische Rote Kreuz in ganz Holland eine Sammlung veranstalten, von deren Ergebnis zwei Drittel der notleidenden deutschen Bevölkerung und ein Drittel den in Deutschland lebenden notleidenden Holländern zugute kommen werden. Am Dienstag ist aus Rotterdam der erste Rote-Kreuz-Zug nach Deutschland abgegangen, der Lebensmittel für die öffentlichen Küchen in Berlin und Essen im Werte von 55 000 Gulden mit sich führt. 8000 Kilogramm Kleider gingen mit demselben Zug ab.

** **Tanz für die Ausgehungerten.** In Berliner Blättern lesen wir: Es war ein eigenartiger Einfall des diplomatischen Korps in Berlin, einen Tanzabend zugunsten der von der Ententepolitik seit Jahren ausgehungerten deutschen Kinder zu veranstalten. Innerhalb des diplomatischen Korps selbst herrschten zwei Auffassungen. Die Vertreter der einen kauften die Eintrittskarten, lehnten es aber ab, zu erscheinen. Die anderen traten mit allen Orden und Ehrenzeichen an und blieben bis früh um sechs. Franzosen und Belgier waren nicht in das Komitee berufen worden, und ihre Tische blieben bis gegen Mitternacht leer. Dann aber erschienen sie, fröhlich und unbefangen, und gaben damit das beste Urteil ab über dieses Fest und seine Gäste.

Letzte Meldungen.

Die Memelfrage im Völkerbund.

Paris, 16. Dezember. (Pat.) **In der gestrigen Sitzung des Völkerbundrates, die um 11 Uhr vormittags begann, wurde die Memelfrage behandelt. Die Vertreter Litauens, Galvanaustas und Sidikauskas legten ihren Standpunkt klar. Eine litauische Note protestierte bereits gegen die Teilnahme Polens an der Verwaltung des Memeler Hafens. Lord Robert Cecil erklärte, man müßte Litauen freundschaftlich behandeln, da sein Standpunkt nicht als dem Völkerbundpakt widersprechend erachtet werden kann. Der französische Vertreter Hanotaux war für einen vermittelnden Standpunkt. Desgleichen äußerte sich der Vorsitzende Branting. Schließlich wurde dem Vertreter von Uruguay die Redaktion eines alle Einzelheiten umfassenden Berichtes aufgetragen und die Memelfrage auf die Montagsitzung vertagt.**

Griechisches Ultimatum an Albanien.

Rom, 17. Dezember. (A. W.) **Der „Messagero" meldet aus Paris, daß Griechenland ein 48stündiges Ultimatum an Albanien richtete. Außerdem verweigerte der griechische Ministerpräsident den Empfang des albanischen Gesandten. Die erste Folge dieses Konfliktes ist die Abreise des albanischen Gesandten aus Athen.**

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Automobile

Minerva
De Dion Bouton
Austro Daimler
Buick

Puch
Ö. A. F. A. G.
Màg.

Motorräder Douglas.

Durch Vertrieb obiger Fabrikate sind wir in der Lage, allen Wünschen gerecht zu werden. Wir liefern sämtliche Typen, angefangen von kleinen, einfachen und billigen Gebrauchswagen bis zum elegantesten Luxuswagen.

Generalvertretung für Westpolen:

Telephon 40-15 **„ROBUR"** Telephon 40-15

POZNAŃ, ul. Fredry 12.

Zurückgekehrt!
Dr. Georg Cohn.
Pocztowa 5. (854

Viktoriaerbsen
Felderbsen
Peluschken
Ackerbohnen
Gartenbohnen u.
Wicken

kaufe zu höchsten Tagespreisen
und erbitte bemusterte Offerte.

Emil Blum

Danzig Karmelitergasse 5 Telephon 1166 u. 5255.
Opalenica Telephon 33.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat Januar 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Meine

Weihnachtsausstellung

ist vollständig fertiggestellt und reichhaltig assortiert in allen Arten
nur erstklassiger Honig- und Lebkuchen,
schmackhaftem und schön geziertem Baumbehang, reinen Mandel-Marzipankartoffeln, kunstvoll ausgeführtem Marzipanobst, Gemüse und Marzipanwürstchen, sowie **täglich frischem gebackenen Tee- und Randmarzipan.**

Schokoladenprallinés, aller Art **Schokoladensachen** und **Fondants von eigenen Konditoren frisch hergestellt.**

Als praktische und schöne Weihnachtsgeschenke empfehle ich meine künstlerisch ausgeführten Bonbonnieren in Kristall, Holz, Seide, Intarsien, Puppen auf Bonbonnieren von Künstlerhand aus Wachs modelliert, handgemalte Kartons.

Walerja Patyk, Poznań
Aleje Marcinkowskiego Nr. 6 (bei der Post).
Erstklassiges, altrenommiertes Konfitürengeschäft am Platze.

Billigste Einkaufsquelle auf Abzahlung für Alle.

Große Auswahl in Woll- u. Baumwollwaren, Seide.

Damen- u. Herren-garderobe.

Oszczędność

Zu günstigen Bedingungen und Preisen wie gegen Barzahlung.

Poznań, ul. Wielka Nr. 20
Telephon 15-34.

Billigste Einkaufsquelle auf Abzahlung für Alle.

Alte Kinder- und Puppenwagen werden neu bezogen u. repariert.
Siodlarnia ulica Szewska 11.

Gegen Lebensmittel suche
Pfeifen-Tabak
Offerten unter **K. 4521** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ankäufe u. Verkäufe

Ich suche zu kaufen, gebraucht, jedoch gut erhalten
Kartoffel-Pflanz-lochmaschinen
3 oder 4 reihig.
Düngerstreumaschine „Westfalia"
mit Goliathkette.
Angebote erbeten unter **4517** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Kaufe einige guterhaltene
Damennähmaschinen
mit runden Schiffchen (Zentral Bobbi). Offerten unt. **4512** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Rittergut

von ca. 1000 Morg. im Freistaat, mit massiven Gebäuden, totes und lebendes Inventar komplett, volle Ernte noch vorhanden. Herrenhaus 16 Zimmer. Preis 95000 Dollar, bei 70000 Dollar Anzahlung, Rest bleibt 3 bis 5 Jahre fest stehen.

J. Rathenow, Danzig,
Vorstädtischer Graben 21 II,
von 9—3 Uhr.

Ein schönes Geschenk zu Weihnachten ist das

Posener Gesangbuch

Es ist in besseren Ausgaben mit Goldschnitt, in Leinwand u. Leder geb., vorhanden. Zu beziehen durch **Buchhandlungen** und vom Verlage der

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

---

1 große Burg
m. Soldaten, **1 Paar Schlittschuhe,** Gr. 28 preiswert zu verkaufen, **ul. Kryta 24 I** links.

Wir empfehlen sofort lieferbar:

Zweiseitiger Kontor-Kalender für 1924
auf Kartonpapier, mit Raum für Notizen.
Preis 180 000 Mk.
(Der Zeitung wird ein Kalender nicht beigelegt).

Landwirtschaftlicher Kalender für Polen für 1924.
Preis 450 000 Mark.

Evangel. Volkskalender (Diakonissen-Kalender) für 1924.
Preis M. 150 000.—.

Empfehlen zur Anschaffung
Przewodnik po Poznaniu von K. Kucński. Kl. 8°. 208 S. m. Illustr. Poln. Text. **300 000 M.**

Wir bieten antiquarisch an:
Handbuch der Architektur, 42 Bde., gebunden. Umfassend die gesammte Bau - Wissenschaft, von hervorragenden Fachleuten bearbeitet, mit sehr zahlreichen in den Text eingedruckten Abbildungen.

Eisen im Hochbau. Ein Taschenbuch v. Stahlwerksverband in Düsseldorf herausgegeben.

v. Mayer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen, vier Bde., geb.

Toussaint - Langenscheidt Englisch zum Selbstunterricht, 36 Briefe m. Beilagen und Sachregister.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Brillantohrringe
und **goldne Herrenuhr** mit **Schlagwerk** als passendes **Weihnachtsgeschenk** zu verkaufen.

Chwilkowski,
Poznań, św. Marcin 40,

Eleg. Herrenzimmer
(dunkle Eiche), sowie ein **Irmler-Flügel** sof. z. verk. Besichtigung nachm. 3—5 Uhr.

Mittenzwey,
Poznań, ul. Półwiejska 25 I

Christoph Hegendorfer.

Humanist an der Lubrańskischen Akademie in Posen.
1500—1540.

(Nach Dr. Mazurkiewicz, Die Anfänge der Lubrańskischen Akademie in Posen. 1921.)

Christoph Hegendorfer wurde als Sohn eines armen Webers in Leipzig im Jahre 1500 geboren. Nachdem er die Thomasschule seiner Vaterstadt besucht hatte, ließ er sich mit 13 Jahren in die Artisten- (philosophische) Fakultät der Universität einschreiben. Im Jahre 1515 wird er Baccalaureus; vom 17. Jahre ab machte er Übersetzungen, schrieb Verse und wissenschaftliche Abhandlungen; schon früh verzehrte ihn eine brennende Wißbegierde und der Wunsch, berühmt zu werden; Zeugnis davon legt sein im Alter von 15 Jahren an den Schweizer Humanisten Joachim Vadius geschriebener Huldigungsbrief ab. 1518 lernte er bei seinem Lehrer Petrus Mosellanus Melanchthon kennen und wird bezaubert von seinem Wissen und seinen freundlichen Umgangsformen. 1519 wohnte er der berühmten Leipziger Disputation bei; er beschreibt sie in glühenden Farben in einem Gedicht und stellt sich dabei, obgleich er am Anfang erklärt, unparteiisch sein zu wollen, unzweifelhaft auf Luthers Seite. Einige Wochen nach der Disputation brach in Leipzig eine Seuche aus, die 2360 Menschen dahinraffte; die Universität wurde darum zeitweise nach Meißen verlegt, Hegendorfer aber ging nach Wittenberg, wo er fleißig die Vorlesungen Melanchthons besuchte und ihm auch persönlich nahetrat; von nun an bleibt er dauernd unter seinem Einflusse. Nach Leipzig zurückgekehrt, wurde er 1521 Magister und trug die „freien Künste" vor; nebenbei unterrichtete er, um ein besseres Auskommen zu haben, auch an der Thomasschule. Man wird bald auf sein pädagogisches Talent aufmerksam, so daß er großen Zuspruch hat. Um zu den damaligen religiösen Streitigkeiten Stellung nehmen zu können, beschäftigt er sich auch mit Theologie, was ja für Kenner des Lateinischen und Griechischen nicht schwer war; er wird Baccalaureus der Theologie und fängt an, die heilige Schrift (das Evangelium nach Matthäus und Markus und die Pastoralbriefe) auszulegen, und zwar in lutherischem Sinne. Am 26. April 1524 visitiert der Bischof von Merseburg die Leipziger Universität und sieht sich genötigt, gegen die theologischen Neuerungen mit verschiedenen Strafen vorzugehen; die erschreckten Magistri stellen aus Furcht, sie könnten im Amte suspendiert werden, ihre theologischen Vorlesungen ein, zuletzt auch Hegendorfer; er verpflichtet sich auch, nichts der katholischen Lehre Widersprechendes zu lehren. Nach dieser Visitation läßt er sich bei der juristischen Fakultät einschreiben und hört 1524—29 Rechtswissenschaft; die Humaniora trägt er weiter vor, schreibt auch noch weiter theologische Traktate, die Luthers Geist atmen. 1525 verheiratet er sich, kann also nicht mehr katholischer Geistlicher werden; trotzdem bleibt er der Theologie treu und läßt 1526 seinen „Katechismus des christlichen Glaubens" erscheinen, das erste katechetische lutherische Lehrbuch; 1529 veröffentlicht er sein erstes rechtswissenschaftliches Werk. Damit sind seine Lehrjahre beendet; er ist Philolog, Theolog und Rechtsgelehrter.

Jetzt sieht er sich nach einer Lebensstellung um; da traf es sich gut für ihn, daß gerade damals Bischof Latalski von Posen für die Lubrańskische Akademie als Ersatz für den bisherigen Humanisten Niger, der Posen plötzlich verlassen hatte und nach Leipzig gegangen war, einen Nachfolger suchte. Sein Augenmerk fiel nicht von ungefähr auf Hegendorfer. Hatten ihn doch in Leipzig und Wittenberg eine ganze Reihe polnischer Studenten aus den angesehensten Familien, zum Beispiel der Górkas, kennen und lieben gelernt und seinen Ruhm verbreitet. Übrigens waren seine Werke in Polen bekannt, einige sogar in Krakau gedruckt. So hätte den Bischof höchstens die Hinneigung Hegendorfers zur lutherischen Lehre von seiner Berufung abhalten können; aber er sollte ja nicht Theologie, sondern Philologie vortragen, und schließlich gab es ja auch eine Aufsichtsbehörde. Hegendorfer seinerseits kannte zwar Polen nicht, hat auch niemals die polnische Sprache erlernt, aber die angebotene Stelle war bedeutend und gut dotiert; darum nahm er sie an und siedelte im Herbst 1529 mit seiner Familie nach Posen über.

Wie sehr man hier Hegendorfer entgegenkam, erhellt aus dem Kapitelsbeschluß vom 24. April 1530, ihm ein eigenes Haus zu bauen, da er mit seiner ersten Wohnung nicht zufrieden war. Außer der Wohnung hatte er 150—200 polnische Gulden jährlich, was ein nicht geringes Einkommen war; auch Privatstunden und seine Werke brachten ihm manches ein. Er begann sofort seine Lehrtätigkeit. Im Lateinischen las er mit den Schülern besonders Cicero (orationes Philippicae, de oratore, epistolae), lehrte sie auch lateinisch über die Sachen des Alltags sprechen; zu diesem Zwecke gab er schon 1520 seine dialogi pueriles (Schülergespräche) heraus, die er in den folgenden Jahren verbesserte und ergänzte; sie sind eines der interessantesten Lehrbücher des 16. Jahrhunderts und wurden das letzte Mal 1706 in Helmstadt gedruckt; wir finden in ihnen auch interessante Winke für das praktische Leben, zum Beispiel Gesundheitsregeln. Auf die gleiche Stufe mit dem Lateinischen stellte er das Griechische, lehrte griechische Grammatik, Literatur und Philosophie; von Autoren wurde vor allem Demosthenes, neben ihm auch Isokrates gelesen. Im Studium des Griechischen übertraf Posen damals Krakau, das noch keinen besonderen Lehrstuhl für Griechisch besaß. 1533 schrieb Hegendorfer eine besondere Verteidigung des Studiums der griechischen Sprache.

Sein bedeutendstes pädagogisches Werk entstand in Anlehnung an Quintilian und Pseudo-Plutarch (Abhandlung von der Kindererziehung); in seinem ersten Teile bringt es acht progymnasmata eloquentiae, d. h. Vorübungen zur Beredsamkeit, in deren Beherrschung die Humanisten den Hauptzweck der Erziehung erblickten; im zweiten Teil finden wir die von Hegendorfer bei Antritt seines Posener Lehramtes gehaltene Rede zum Lobe der freien Künste. Das Werk hat er 1530 in Deutschland geschrieben, und zwar zunächst für Deutsche, hat es aber später auch seiner Lehrtätigkeit in Polen zugrunde gelegt.

Hegendorfer war äußerst fleißig und zeigte in der Bearbeitung seiner Gedanken viel Selbständigkeit; für sein pädagogisches Geschick ist es ein rühmendes Zeugnis, daß er es dahin brachte, daß 14- bis 18jährige Jünglinge nicht nur vor ihren Altersgenossen, sondern auch vor einem größeren Publikum halbstündige lateinische Reden zu halten und begabtere Schüler, wie der später berühmte Arzt Josef Struś (1510—68) und der Dichter Klemens Janicki mit 16 Jahren lateinische Verse zu schreiben vermochten. Auch ethisch wirkte er günstig auf seine Schüler ein.

Für die reformatorischen Ideen fand Hegendorfer den Boden in Posen schon bereitet. Bereits sein Vorgänger Niger hatte hierfür gewirkt wie auch der von ihm hochverehrte Joachim Vadius, der seinen Bruder Konrad, der in Posen ein bedeutendes Handelsgeschäft hatte, manchmal besuchte. Vor allem aber war die hocharistokratische Familie der Górkas den religiösen Neuerungen sehr zugetan; in ihrem Palais in der Wasserstraße waren alle gern gesehen, die für den neuen Glauben eintraten; hier ging auch Hegendorfer bei Lukas Górka, dem Kastellan von Posen und General von Großpolen, aus und ein, und sein Sohn Andreas war sein Schüler.

In seiner öffentlichen Tätigkeit enthielt sich Hegendorfer nicht nur jeder Propaganda für den Protestantismus, sondern er ging auch in den katholischen Gottesdienst; die lutherischen Lehren seiner Annotationes zum Evangelium des hl. Markus, die in Polen viel Verbreitung gefunden hatten, schob er der Unaufmerksamkeit seiner Schüler in die Schuhe und entfernte sie aus einer späteren Ausgabe. Zu Hause jedoch, in seinen Privatstunden, im Kreise seiner Freunde und Bekannten, hielt er mit seiner Neigung für Luther nicht zurück.

Kehren wir jetzt zu seinem Lebenslauf zurück! Nach dem Sommersemester 1530 verläßt er Posen und geht nach Leipzig zurück; er hatte also bis dahin nur zwei Semester in Posen gewirkt. Vielleicht waren seine lutherischen Ansichten bekannt geworden, und der Rektor der Akademie mag ihm Vorhaltungen gemacht haben; vielleicht gefiel es auch seiner Frau in Posen nicht, da sie des Polnischen unkundig war. Im Frühjahr 1532 kehrte er jedoch zurück, wahrscheinlich vom Bischof Latalski veranlaßt, der durch den in den letzten Tagen des Juni i. J. 1531 erfolgten Tod Bedermanns sich der zweiten bedeutendsten Lehrkraft der Akademie beraubt sah und darum für sie noch retten wollte, was zu retten war.

Die Schwierigkeiten für Hegendorfer sollten jetzt jedoch noch viel größer werden, da ein Mann an die Spitze der Akademie trat, der in den Traditionen der alten scholastischen Schule aufgewachsen und dem Humanismus so feindlich gesinnt war, daß er in Krakau gegen die Eröffnung eines Lehrstuhles für das Griechische aufgetreten war, der Kanonist Gregor von Samter. Im März oder April 1533 trat er sein Amt als Rektor an. Schon nach einem Monate machte er Hegendorfer Vorhaltungen wegen seines Eintretens für die lutherische Lehre. Das Domkapitel nahm die Sache alsbald in die Hand und forderte im Einverständnis mit dem Bischof den Humanisten auf, sich wegen zweier Vorwürfe zu verantworten: Erstens er greife die katholischen Geistlichen öffentlich an; zweitens impfe er der lernenden Jugend den Geist des Luthertums ein. Hegendorfer versuchte beide Vorwürfe zu entkräften und verlangte eine öffentliche Disputation. Das Kapitel ging darauf ein und verschob bis dahin die Erledigung der Streitfrage. Bald darauf verließ Hegendorfer Posen und kehrte erst Michaeli desselben Jahres zurück. Im Oktober fand in der Akademie die Disputation statt, zu der man sogar drei Magistri aus Krakau berufen hatte. Sie lief aber für Hegendorfer so ungünstig aus, daß er aus Ärger darüber krank wurde; um seine Genesung bemühte sich Wójcik, der Hofarzt der Górkas. Nach seiner Wiederherstellung warf er seinem Gegner Gregor vor, daß sein kanonisches Lehrbuch von Fehlern wimmele und daß er gegen die humanistischen Wissenschaften feindlich aufgetreten sei. Um den Streit beizulegen, lud der Bischof beide Gegner vor und beschwor sie, sich zu versöhnen. Sie gaben sich auch die Hand; Hegendorfer verpflichtete sich, keine Theologie mehr in seinen Vorlesungen zu erwähnen, und Gregor versprach, daß er ihn nicht mehr angreifen werde. Der Friede dauerte wirklich 1½ Jahre. Aber in dieser Zeit suchten beide nach Blößen in den Werken des Gegners. Als Hegendorfer nach dieser Zeit wieder für den Protestantismus eintrat, warnte Gregor in Predigten vor ihm, worüber sich H. wieder bei dem Bischof beschwerte. Da dieser damals nicht in Posen war, schickte er den Brief Hegendorfers zur Erledigung wahrscheinlich dem Archipresbyter von Posen, und dieser übergab ihn Gregor zur Äußerung. Daraufhin wies Gregor in einem Schreiben an Hegendorfer seine Angriffe zurück; H. antwortete ihm, worauf ihm Gr. noch einmal schrieb. Schließlich forderte Gr. eine öffentliche Disputation; H. nahm sie schließlich an und schlug an den Türen der Kirchen Posens eine Erklärung des Inhalts an, daß der Archidiakon Gregor aus Samter in seinem Buche „Processus iuris" schwere kanonische und theologische Fehler begangen habe, deretwegen er bereit sei, öffentlich mit ihm zu disputieren. Um den Streit gütlich auszutragen, lud das Domkapitel beide noch einmal vor; Gregor forderte Hegendorfer auf, ihm wenigstens einige Fehler nachzuweisen; H. schwieg zunächst, nachher kam es zu Schimpfereien; schließlich rät das Kapitel, die Disputation bis zur Ankunft des Bischofs zu verschieben. Als dieser nun im Frühling 1535 zurückkehrte, bat ihn Hegendorfer, ihn mit Gregor zu versöhnen. Es kommt auch zur Versöhnung, ungefähr Mitte April 1535, aber Gregor erklärte, daß er die häretischen Anschauungen des Humanisten stets bekämpfen werde. In der Tat erschien am 12. Mai Gregors Anakephaleosis, d. h. Wiederholung der Hauptpunkte. Damit beginnt die letzte Phase des Kampfes zwischen den beiden erbitterten Gegnern. Ihr Streit war auch im Volke bekannt geworden, und dieses nahm eine so drohende Haltung gegen Hegendorfer an, daß er fürchtete, auf der Straße angegriffen zu werden; er bittet den mächtigen Górka als Kastellan von Posen um Schutz und erhält von ihm auch einen Geleitsbrief und bewaffnete Begleitung auf dem Wege zur Akademie. Gleich nach Erscheinen der Anakephaleosis hielt Hegendorfer acht Tage lang in der Akademie Vorträge zu seiner Verteidigung. Daraufhin las auch Gregor sein Werk öffentlich vor in Gegenwart seines Gegners. Viele wandten sich nun von ihm ab, als sie hörten, daß ihm öffentlich der Vorwurf der Häresie gemacht werde. Da er zudem in seiner Verteidigung die Lehre Luthers ersichtlich als wahr hinstellte, wies ihn das Domkapitel am 19. Juli 1535 aus der Stadt aus, als der Irrlehre verdächtig. Trotzdem versuchte Hegendorfer noch einmal mit Hilfe seiner bewaffneten Begleiter den Lehrstuhl zu besteigen. Das erbitterte jedoch seine Gegner so sehr, daß er sich gezwungen sah, mit Beginn des Winters 1535 Posen auf immer zu verlassen; seine Werke wurden bald darauf in Gnesen öffentlich verbrannt.

Nun begab sich Hegendorfer nach der nächsten Universitätsstadt, Frankfurt an der Oder, um hier seine Rechtsstudien zu beenden. Auf die Kunde hiervon warnte Gregor die Universität vor ihm, aber Hegendorfer hielt sich im Verborgenen und gab keinen Anlaß zu Streitereien. 1537 bekam er durch Vermittlung seines Freundes Hermann Tulich die Stelle eines Stadtsyndikus in Lüneburg, wo Tulich Rektor der Stadtschule war. Im Jahre 1539 reiste er nach Rostock, um mitzuarbeiten an der Reorganisation der Universität; über dieses Thema hielt er hier eine berühmt gewordene Rede. 1540 wurde er Superintendent in Lüneburg, starb aber hier bald an einer Seuche am 8. August 1540; an derselben Krankheit war sein Vater und sein bester Jugendfreund Summerius gestorben; in demselben Monat wie Hegendorfer, starb auch sein Gönner Latalski als Erzbischof von Gnesen.

Vielleicht darf ich noch erwähnen, daß es mir sehr interessant war, dem von Hegendorfer hochverehrten Schweizer Humanisten Joachim Vadius wieder bei Kolbenheyer „Das Gestirn des Paracelsus", 1922, S. 43, als Lehrer der Lateinschule in Villach zu begegnen.

Domherr Prof. Dr. A. Steuer.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 17. Dezember.

Beitragserhöhung für die Privatangestelltenversicherung.

Auf Grund einer Verfügung des Ministerrates und des Arbeits- und Wohlfahrtsministers sind die Beiträge zur Versicherung von Privatbeamten vom 1. Dezember erhöht worden und betragen monatlich einschl. des 20prozentigen Zuschlags zur Deckung der Teuerungszulagen bei einem Jahresverdienst bis zu 15 Millionen (Klasse A) 96 000 M., bei einem solchen von 15 bis 25 Millionen (Klasse B) 156 000, von 25 bis 35 Millionen (Klasse C) 240 000, von 35 bis 45 Millionen (Klasse D) 324 000, von 45 bis 60 Millionen (Klasse E) 420 000, von 60 bis 75 Millionen (Klasse F) 540 000, von 75 bis 90 Millionen (Klasse G) 660 000, von 90 bis 110 Millionen (Klasse H) 780 000, von 110 bis 130 Millionen (Klasse J) 960 000 M. Personen, deren Bezüge 130 Millionen jährlich übersteigen, sollen mit dieser Summe in Klasse J versichert sein. Die Bezugsüberschüsse werden nicht in Betracht gezogen. Nach dem Gesetz vom 22. September 1922 unterliegen der Zwangsversicherung alle Privatbeamten, unabhängig von der Höhe ihres Jahresverdienstes. Die Leistungen aus dem Titel der Privatbeamtenversicherung dürfen zusammen mit den Zuschlägen nicht weniger betragen als die nachstehend angeführten Summen: a) Invaliden- und Altersrente 2 400 000, b) Witwen- und Witwerrente 1 200 000, c) Zuschlag für eine Vollwaise 1 200 000, d) Zuschlag für eine Halbwaise 600 000 M.

Der Verband der Güterbeamten für Polen

hielt gestern, Sonntag, nachmittag unter der Leitung seines Vorsitzenden, Wiesner-Wierzonka, im Sitzungssaale der Landwirtschaftskammer seine von etwa 50 Mitgliedern und einigen Gästen besuchte Hauptversammlung ab. Im Vordergrund des Interesses stand ein 1½stündiger Vortrag des Landesökonomierats Dr. Wegener über die Frage: „Haben die Landwirte einen Zusammenschluß notwendig?"

In seinen die wirtschaftlichen Zeitfragen klar beleuchtenden Ausführungen gab er zunächst eine geschichtliche Darstellung der Tatsache, daß es in der Geschichte immer nur eine Welthandelsstadt gegeben hat, zum Beispiel Venedig, Bagdad, Lissabon, Amsterdam und zuletzt London. Durch den Weltkrieg verlor England über ein Viertel seines Welthandels an Nordamerika, über ein Viertel seines Handels ging in den mitteleuropäischen Staaten verloren. Die Folge dieses enormen Verlustes bilden die über eine Million Arbeitslosen in England nach dem Friedensschlusse. Durch die Ruhrbesetzung, deren Feind England zunächst nicht gewesen ist, hob sich der englische Kohlenhandel. Aber die französische Valuta begann zu sinken, so daß man heut für 30 Schweizer Franken 100 französische erhält, während vor dem Kriege beide gleich standen. Somit sind weder die Franzosen noch die Engländer als reine Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen. Die internationale Sozialdemokratie, die sich als Siegerin wähnte (Scheidemann Eisner), ist vollständig unterlegen. Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes, die von dem Frankfurter Professor Oppenheimer gefordert wurde, ist nicht erfolgt. Wer hat nun gesiegt, und wer bestimmt die wirt-

schaftliche Entwicklung der Neuzeit? Gewinner des Weltkrieges war das internationale Weltkapital in Amerika und England. Gegen diese amerikanischen und englischen Kolosse sind Stinnes, Wolff usw. nur kleine Knaben. Die Machtmittel des internationalen Kapitals sind die Börse und die Presse, die sie je nach ihrem Willen und in ihrem Interesse beeinflussen. Dadurch ist das internationale Kapital in der Lage, die Landwirtschaft niederzudrücken. Die Landwirtschaft braucht Düngemittel. Letztere werden im Preise so hoch gesetzt, daß die Landwirtschaft sie gerade noch bezahlen kann. Die Mühlen haben sich zusammengetan und haben das größte Interesse daran, daß der Landwirt für sein Getreide möglichst wenig bekommt. Die Brauereien haben sich ebenfalls zusammengeschlossen und drücken die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. Schließlich haben die Landwirte es verpaßt, sich die Kohlenbetriebe zu sichern. Aus allen diesen Gründen sind die Zeiten, denen die Landwirtschaft entgegengeht, schwer. Deshalb müssen die Landwirte sich zusammenfinden zu der gemeinsamen Verwertung ihrer Produkte. Das geschieht in den Genossenschaften. Das Vorbild der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hat gezeigt, wie man sich planmäßig der Neuzeit anpaßt. Bei neueren Unternehmungen, zum Beispiel bei der Entbitterung der Lupine, kann man beim wirtschaftlichen Zusammenschluß geschlossener auftreten. Zwar wird die Landwirtschaft, da sie eben ihre Zeit verpaßt hat, der Industrie nicht mehr gleichwertig gegenüberstehen, aber sie wird durch ihren inneren Zusammenschluß dafür sorgen müssen, daß sie neben ihr bestehen kann.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache, in der ein Teilnehmer auf die Tatsache verwies, daß die Mühlen heut von einem Zentner nur noch 47 Pfund Mehl zurückliefern, während Dr. Wagner nochmals die Ausführungen des Vortragenden über die Bedeutung der politischen und der wirtschaftlichen Fachpresse unterstrich.

Hierauf folgte eine längere Aussprache über die kürzlich erfolgte Gehaltsregulierung der Güterbeamten, zu der verschiedene weitergehende Wünsche geäußert wurden. Dr. Wagner verwies auf den beim Raiffeisen bestehenden Konsumverein, der 500 Mitglieder zählt und im verflossenen Monat gegen 5 Milliarden Umsatz erzielte. Er wies weiter auf die Stellenvermittlung des Arbeitgeberverbandes und darauf hin, daß der Gartendirektor Reissert in Solatsch zum Halten von Fachvorträgen in den Zweigvereinen bereit sei. Der Mitgliedsbeitrag wurde für ältere verheiratete Beamte auf 5 Pfund, für jüngere auf 2½ Pfund Roggen, das Eintrittsgeld auf 10 bzw. 5 Pfund Roggen festgesetzt. Darauf wurde einstimmig die Ernennung des früheren Direktors der Landwirtschaftsschule Inowrocław, Baumann, zum Ehrenmitgliede und die Sammlung einer Weihnachtsspende für drei Witwen von Berufsgenossen beschlossen. hb.

Die Teuerungssteigerung in der ersten Dezemberhälfte. Die prozentuale Steigerung der Unterhaltskosten sind von der ständigen Kommission der Posener Wojewodschaft für die erste Hälfte des Monats Dezember auf 70 Prozent im Vergleich zur zweiten Hälfte des November festgestellt worden.

epv. **Die Landessynode der unierten evangelischen Kirche in Polen** hat sich bekanntlich bei der Beratung des vorliegenden Entwurfes für die neue Kirchenverfassung für die neuen Amtsbezeichnungen „Bischof“ und „Senior“ anstatt bisher „Generalsuperintendent“ und „Superintendent“ entschieden. Diese neuen Amtsbezeichnungen werden aber nicht sogleich zur Wirklichkeit, wie hier und da angenommen wird, sondern erst, wenn die neue Kirchenverfassung in Kraft getreten sein wird, d. h. im besonderen, wenn der polnische Staat nach Artikel 115 der Staatsverfassung die Kirchenverfassung anerkannt haben wird. Auch dann erst treten die neuen Bestimmungen über das Frauenwahlrecht und die Verhältniswahl in Kraft.

epv. **Als Friedenssonntag** soll der nächste, d. h. der vierte Adventssonntag in der ganzen Welt gefeiert werden nach dem Vorschlag des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, den dessen Landesvereinigung Polen in einem Aufruf an sämtliche Geistlichen des evangelischen Bekenntnisses in Polen weitergibt. Es ist naturgemäß nicht an die Erörterung irgend welcher politischer oder pazifistischer Fragen gedacht, sondern an die Förderung christlicher Gesinnung, die sich in Friedensliebe und Versöhnlichkeit auch den Angehörigen anderer Völker und Stämme gegenüber zu erweisen hat, entsprechend der Weihnachtsbotschaft: „Friede auf Erden!“. Daß dazu gerade der verhältnismäßig ungünstigste vierte Adventssonntag gewählt wird, erklärt sich aus dem angelsächsischen Übergewicht im Weltbund, da in den englischen und amerikanischen Kirchen das Weihnachtsfest nicht die Bedeutung hat wie in unserem Lande. Den Vorstand der Landesvereinigung Polen des Weltbundes, der auch den genannten Aufruf unterzeichnet hat, bilden: Generalsuperintendent D. Blau-Posen, Generalsuperintendent Bursche-Warschau, Kirchenpräsident D. Voß-Kattowitz und Pfarrer D. Zöckler-Stanislau.

epv. **Ein Geschenk an die Konfirmandenanstalt Wolfskirch.** Die evangelische Konfirmandenanstalt Wolfskirch bei Lissa hatte an die Landessynode der unierten evangelischen Kirche in Polen ein Gesuch gerichtet, ihr die Mittel zur Beschaffung von zwei neuen Pferden für die mit der Anstalt verbundene Landwirtschaft zu bewilligen, da die bisherigen infolge des hohen Alters überständig wurden. Die Synode lehnte dies aus grundsätzlichen Erwägungen und wegen Mangels an Mitteln ab. Aber einer der Synodalen schenkte der Anstalt ein Pferd, während die übrigen Landwirte, die der Synode angehörten, durch wertbeständige Spenden die Beschaffung des zweiten Pferdes ermöglichten.

Die Zeitungsbestellungen. Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns mitzuteilen, daß wegen des Inkrafttretens der Valorisierung der Postgebühren vom 1. Januar die Postämter Zeitungsbestellungen nur für die Zeit eines Monats annehmen werden. Die Post- und Manipulationsgebühr für Zeitungen im Januar 1924 wird einstweilen nach dem Dezembertarif erhoben, jedoch mit dem Vorbehalt, daß im Laufe des Januar eine zusätzliche Post- und Manipulationsgebühr eingefordert wird, die sich aus der geplanten Valorisierung ergibt.

Militärischer Weihnachtsurlaub. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß Offiziere und Mannschaften in 2 Abteilungen Weihnachtsurlaub erhalten sollen. Die erste Abteilung fängt ihren Urlaub am 22. d. Mts. an und endet ihn am 27. d. Mts. einschließlich. Die zweite Abteilung beginnt den Urlaub am 29. d. Mts. und beendet ihn am 3. Januar 1924 einschließlich. Der Dienst fällt am 24., 25. und 26. d. Mts., sowie am 1. Januar k. Js. aus. Die Anzahl der zu Weihnachten beurlaubten Offiziere und Mannschaften darf bei Offizieren nicht 50 000, bei Mannschaften nicht 10 v. H. überschreiten. Freie Fahrt erhalten die Urlauber im Rahmen der gültigen Vorschriften.

Worte zur Altershilfe.

Jeder Tag Deines Lebens, an dem Du arbeiten und Dich und die Deinen ernähren und kleiden konntest, und jeder Tag, der Dir nach getaner Arbeit Erholung und Behagen brachte, sei Dir Anlaß, derer zu gedenken, die nicht mehr arbeiten können, die nicht mehr imstande sind, sich selbst zu ernähren und zu kleiden, denen der Abend des Lebens statt Erholung und Behagen Entbehrungen und Leiden bringt. **Gedenke der notleidenden Alten!** Loewenthal.

Geldspenden für die Altershilfe nehmen alle deutschen Banken und Zeitungen entgegen. Lebensmittel werden an die Geschäftsstelle des Wohlfahrtsdienstes Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiserring), erbeten.

Weihnachtsvorfreude war die Grundstimmung, die der sehr gelungene Volksunterhaltungsnachmittag zum Ausdruck brachte, der am dritten Adventsonntag auf Veranlassung der Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung im großen Saal des Evang. Vereinshauses stattfand. Auf dem mit einem mächtigen, hell erleuchteten Christbaum geschmückten Podium wechselten Worte von Weihnachtsbräuchen und Weihnachtsliedern, Weihnachtsworte deutscher Dichter und Weihnachtsklänge deutscher Tonsetzer, Ludwig Richters schöne Bilder aus dem deutschen Leben vor Weihnachten und in der Weihnachtszeit und Märchenbilder mit dazu verlesenem Text wirkungsvoll und in schöner Steigerung mit einander ab. Ausführende waren Herr Lehrer Nitsche (Vortrag), Frl. Henny Fuchs (Gesang), Frau Lina Starke (Rezitation), der Chor des Vereins deutscher Sänger (Leitung: Herr Kroll) und ein vortrefflicher Kinderchor (Leitung: Herr Lehrer Jakob). Dank dem Zusammenwirken dieser Kräfte wurde der Zweck der Veranstaltung erreicht: in den früh dunkelnden Nachmittag eines etwas griesgrämigen Dezembersonntags fiel Weihnachtskerzenlicht.

X Ein ganz ungewöhnliches Wetter herrschte am gestrigen Abend. Gegen 8 Uhr setzte ein Schneesturm ein, der den Aufenthalt von Menschen und Tieren im Freien fast unmöglich machte. In der 12. Stunde durchzuckten zahllose Blitze die Luft, glücklicherweise ohne zu zünden. Heut früh tobte noch ein ziemlich heftiger Sturm.

X Auf der Spur eines Mörders. Bekanntlich wurde im Herbst vor zwei Jahren in der Nähe der Luftschiffhalle an der Straße nach Winiary der Ende der 20er Jahre stehende Droschkenkutscher Wawrzyn Małecki, der bei dem Droschkenfuhrherrn Schiller in der ul. Dąbrowskiego (fr. Gr. Berliner Str.) in Stellung war, ermordet aufgefunden. Bisher war es nicht gelungen, den Mörder zu ermitteln. Neuerdings hat die Kriminalpolizei eine neue Spur gefunden und einwandsfrei festgestellt, daß es sich nicht um einen Raubmord, sondern um einen gewöhnlichen Mord handelte, bei dem es dem Täter darauf ankam, einen wichtigen Zeugen, der Kenntnis von verschiedenen Straftaten des Täters hatte, für immer mundtot zu machen. Der Ermordete war am Abend vor seiner Ermordung in der ul. Półwiejska (fr. Halbdorfstr.) mit einem Fahrgast in seiner Droschke gesehen worden. Alle Leute, die den Ermordeten gekannt haben, besonders die Droschkenkutscher werden gebeten, sich im Zimmer 3 oder 37 der Kriminalpolizei zu melden, wo ihnen ein Lichtbild des vermutlichen Mörders vorgelegt werden wird. Es soll festgestellt werden, ob diese Person häufiger in Gesellschaft des Ermordeten gewesen ist.

X Übertretungen von Kraftwagenführern. In der Zeit vom 11. bis 16. d. Mts. sind im ganzen 49 Kraftwagenführer zur Bestrafung aufgeschrieben worden, und zwar 16 wegen Verstänkerns der Straßen, 1 wegen Fahrens mit geöffnetem Ventil, 13 wegen Fahrens mit unbeleuchteter Hinternummer, 3 wegen Fahrens ohne Beleuchtung, 11 wegen zu schnellen Fahrens, 1 wegen unvorschriftsmäßigen Signals, 2 wegen Fahrens mit nicht abgeblendeten Reflektoren und 2 wegen Fahrens ohne Diplom.

X Wer ist der Eigentümer? Auf der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) wurden durch zwei Jungen von einem vorüberfahrenden Wagen 15 Kartoffelsäcke gestohlen. Diese sind von der Polizei ermittelt worden und können im 6. Polizeikommissariat an der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) besichtigt werden.

X Beschlagnahmtes Fahrrad. Am Sonnabend ist einem Manne ein vermutlich gestohlenes Fahrrad, Marke Kastor, mit der Nr. 480 653 abgenommen worden und kann im Zimmer 37 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Wielka 18 (fr. Breiten Str.) ein Damenpelz mit Fuchskragen im Werte von 150 Millionen Mk.; einem Laufburschen am Sonnabend nachmittag ein Paket mit 3000 Zigaretten, das er nach der ul. Nadbrzeżna (fr. Uferstr.) bringen sollte, von zwei anderen jugendlichen Burschen; in der Sonntagnacht aus einem Schuppen an der ul. Bukowska 33 (fr. Buker Str.) drei gußeiserne Maschinenräder im Werte von 30 Millionen Mk.; aus einem Bureau in der ul. Kanałowa 11/12 (fr. Kanalstr.) ein schwarzer Jakettanzug, ein schwarzer Gehrockanzug und ein Herbstüberzieher im Gesamtwerte von 250 Millionen Mk.

X Polizeilich festgenommen wurden am Sonnabend und Sonntag 13 Dirnen, 12 Betrunkene, 3 Obdachlose, 3 Personen wegen Diebstahls und ein Bettler.

* **Bromberg,** 15. Dezember. Wie der „Dz. Bydgoski“ berichtet, ist vorgestern, mittags gegen 2 Uhr, bei der Ausladung deutscher Minen in der Munitionsfabrik in Ossowa Góra (fr. Hoheneiche) eine dieser Minen explodiert, wodurch zwei Personen getötet und vier verletzt wurden. Getötet wurde der 22jährige Waffenmeister Wojtasik und der 27jährige Arbeiter Burczyk. Schwerverletzt wurde, nach der angegebenen Quelle, der Arbeiter Sonnenberg, leichter verletzt die Arbeiter Friemark, Wisniewski und Kierna. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

* **Birnbaum,** 16. Dezember. Der Preis für Butter, die auf den letzten Wochenmärkten auf etwa eine Million gestiegen war, ist, wie der „Stadt- und Landbote“ schreibt, jetzt auf 800 000, ja sogar auf 700 000 Mk. zurückgegangen. Schon am Dienstag, wie auch am Freitag blieb viel Überstand, da die meisten Hausfrauen den geforderten Preis von einer Million nicht anlegen konnten.

□ **Stargard,** 16. Dezember. Bei einer Hochzeitsfeier plötzlich vom Tode ereilt wurde eine Verwandte der Braut in Grabowo im Kreise Stargard.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

E. G. 1. Der Paß genügt. 2. Dieser muß den Sichtvermerk der deutschen und der polnischen Paßstelle in Posen tragen. 3. Darüber können wir keine genaue Auskunft geben, da die Preise verschieden sind. 4. Eine Million Mark polnisch und 1000 Schweizer Franken oder deren Wert in ausländischer, nicht polnischer Valuta.

J. F. B. Wir haben Ihre Nachzahlung für das November-Abonnement erhalten.

S. R. 335. 1. Diese Frage ist gesetzlich noch nicht geregelt. Sie sind auf gütliche Vereinbarung mit Ihrem Schwager angewiesen. Selbstredend sind Sie dann auch zur Löschung der Hypothek verpflichtet, wenn Sie sich mit dem gegenwärtig üblichen 1700- bis 2000fachen einverstanden erklärt haben. Rückzahlung in Goldwert können Sie nicht fordern. 2. Für die Zinszahlung gilt das unter 1 Gesagte.

A. K. 25. 1. Der testamentlichen Übertragung des Grundstücks steht nichts im Wege, liquidierbar ist es in dem angegebenen Falle nicht. 2. Das Grundstück kann nicht liquidiert werden; der Staat hat in diesem Falle nur das Vorkaufsrecht. 3. Ja. 4. Die Erbschaft der Mutter geht, wenn sie stirbt, auf ihre Kinder über. 5. Diese Frage läßt sich weder mit Ja noch mit Nein beantworten.

H. L. 72. 1. Im ehemals preußischen Teilgebiet ist die Vorauszahlung der Miete, aber nicht für ein Vierteljahr, sondern gegenwärtig immer nur auf einen Monat üblich und auch berechtigt. Wenn Ihr Mietsvertrag nicht etwas anderes vorsieht, müssen auch Sie sich mit der monatlichen Vorausbezahlung einverstanden erklären. 2. und 3. Laden, Werkstatt und Schuppen unterstehen ebenso wie die Wohnräume dem Schutze des Mieterschutzgesetzes, können Ihnen demnach ohne ganz besonders schwerwiegende Gründe, wie sie auch die Voraussetzung für Wohnungskündigungen bilden, nicht gekündigt werden.

Ein Abonnent. Wir kennen ein derartiges Auskunftsbureau nicht, sind auch nicht in der Lage, Ihnen die angeregten Fragen selbst zuverlässig zu beantworten.



Spenden für die Altershilfe.

Rechtsanwalt Borowicz	4 000 000.—	M.
E. R.	1 560 000.—	„
Ungenannt	500 000.—	„
M. Gr.	500 000.—	„
K. Z.	1 000 000.—	„
Mehrere Abonnenten in Gostyn	7 920 000.—	„
Konfirmanden in Czempin (zweite Rate)	650 000.—	„
Kirchengemeinde Czempin (dritte Rate)	500 000.—	„
prakt. Tierarzt R. Gube, Sieraków	1 000 000.—	„
Deutsche evang.-luther. Gemeinde	2 068 500.—	„
Danziger Siemens-Gesellschaft	25 000 000.—	„
	44 698 500.—	M.
Vortrag aus Nr. 282	61 474 750.—	„
	106 173 250.—	M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Weihnachtsbüchertisch.

VI.

Deutsche Not und das Schicksal deutscher Heimat Entrissener spiegelt sich stark in Erzählungen der letzten Jahre wieder. So gewinnt das Unterhaltungsschrifttum allmählich ein anderes Gepräge als das der Vorkriegszeit. Der Dichter wird sich der großen Aufgaben, die ihm als geistigem Führer auch in völkischer Beziehung obliegen, bewußter. Im folgenden sollen noch einige Romane und Erzählungen genannt werden, die alle Heimat und Fremde, eigenes Volkstum und Fremdherrschaft zum Gegenstande haben.

Finckh, Ludwig: Der Ahnenhorst. Rudolstadt. Greifenverlag. 1922. 51 S.

Ganzer, F.: Heimwehleute. Rothenfelde. Holzwarth. 1923.

Grimm, Hans: Der Gang durch den Sand und andere Geschichten aus Südafrika. München. Langen. 1923. 280 S.

Grupe-Lörcher, Erika: Unter der Trikolore. Aus den letzten Tagen des deutschen Straßburg. Roman. Leipzig. List. 1922. 303 S.

Katschinski, Alfred: Die zweite Heimat. Ein Zeitroman aus dem Memellande. Berlin. Dt. Landbuchhandlung. 1922.

Petersen, G. A.: An der Wende. Leipzig. Grunow. 1923.

Schimmel-Falkenau, Walter: Brand. Ein Roman aus Oberschlesien. Friedeberg a. Qu. und Leipzig. Iserverlag. 1923. 215 S.

Schreiner, Wilhelm: Das Vermächtnis. Ein deutsches Schicksal. Stuttgart. Thienemann. 1923. 173 S.

Viebig, Klara: Unterm Freiheitsbaum. Berlin. Dt. Verlagsanstalt 1923.

Weber, Peter: Aus der Tiefe rufe ich. Das deutsche Erwachen. Berlin. Paetel. 1923.

Wird in dem neuen Finckhschen Büchlein die Jugend auf Pflege deutscher Rasse und deutschen Stammesbewußtseins hingewiesen als auf das einzige Mittel, das völlige Auflösen des deutschen Volkstums zu verhüten, so wird in den Heimwehleuten von Ganzer der deutsche Siedler aus dem Osten dem Deutsch-Lothringer gegenübergestellt und ihr tief verschiedenes Heimweh und Heimatgefühl klug gegeneinander abgewogen. Die Erzählungen von Hans Grimm sind spannende Geschichten aus Südafrika und wie Weniges geeignet, auch die südwestafrikanische Kolonie ins Gedächtnis zurückzurufen. Das tief verworrene Schicksal, das Chaos bei dem Zusammenbruch der deutschen Westfront und die Besetzung Straßburgs schildert der packende Roman von Grube-Lörcher. Ganz besonders sei aber auf die Erzählung des Ostpreußen Katschinski hingewiesen. Es ist ein trefflicher, spannend erzählter ostpreußischer Roman, das Werden eines Besitzersohnes schildernd, der anfänglich für einen gelehrten Beruf bestimmt, über Not, Entbehrung, Selbstverleugnung zu seinem Bauernberuf zurückfindet, Kriegs- und Nachkriegszeit durchlebt und, als Ortsvorsteher aus dem Memelgebiet ausgewiesen, sich schließlich die Erlaubnis zur Rückkehr erzwingt und der fremd gewordenen Heimat treu bleibt. Mit prachtvollen Schilderungen des östlichsten Winkels Ostpreußens und seiner Leute, humorvoll geschrieben, verbindet das Buch tiefe Liebe zu Heimat und Volkstum und treffliche Urteile in nationalen Dingen, die wie diese: „Daß die größten Schreier, die unleidlichsten Wichtigtuer, die widerlichsten Kriecher in der Regel einheimische Leute mit wässerigem Blut und Charakter“ waren, auch über die Grenze des Memellandes hinaus gültig sind. Die nationalen Kämpfe der Nordmark hat die Erzählung von Petersen zum Vorwurf. Nach Oberschlesien führt der Roman „Brand“ von Schimmel-Falkenau. Hier wird dem bewußten Nationalempfinden des Polen der deutsche Phantast und Gefühlsmensch gegenüber gestellt, der zu seinem Volkstum erst aufwacht, wenn ihm das Letzte genommen ist. Zu den Auslandsdeutschen führt die Erzählung von Schreiner „Das Verdächtnis“. Sie schildert das Weltkriegsschicksal einer deutschen Siedlerfamilie auf Samoa, lebendig und spannend geschrieben. Der Roman von Klara Viebig aus der französischen Okkupation des Rheines während der großen Revolution mit seinen demoralisierten Existenzen dürfte zu den besten Geschichten der bekannten Erzählerin gerechnet werden. Einen Rheinlandroman aus der Gegenwart, der alle Nöte und Entbehrungen dieses Landes ergreifend schildert, gibt Weber in seiner Erzählung „Aus der Tiefe rufe ich“. Es ist eine Dichtung, die jeder Deutsche gelesen haben sollte, erschütternd und mahnend zugleich.

Handel und Wirtschaft.

Industrie.

⊙ **Die polnischen Erdölraffinerien im dritten Quartal 1923.** Die „Berichte aus den neuen Staaten" melden aus Krakau: Im dritten Quartal 1923 haben die 31 bestehenden Raffinerien 17 372 Zisternen Erdöl verarbeitet. Die Produktionsfähigkeit beträgt 35 000 Zisternen, sie wurde somit nur zur Hälfte ausgenützt. In der gleichen Periode des Vorjahres wurden 18 983 Zisternen verarbeitet; der Produktionsrückgang entspricht ungefähr dem Rückgang der Erdölproduktion in den beiden vorhergegangenen Quartalsperioden.

⊙ **Polnisch-oberschlesische Grubenholzbeschaffung.** Nach dem neuesten Abkommen mit der Tschechoslowakei wird die tschechoslowakische Einfuhr von Grubenholz in das polnisch-oberschlesische Gebiet ab Neujahr um ein Viertel der bisherigen Ziffer vergrößert werden.

⊙ **Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung.** Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung belief sich laut „Industrie-Kurier" in der Zeit vom 5. bis 11. November d. Js. an sechs Fördertagen bei einer durchschnittlichen Leistung von 92 723 Tonnen auf insgesamt 556 337 To. (Vorwoche: 444 331 To.). Es verblieben innerhalb Polnisch-Oberschlesien 194 510 To. (168 403 To.). Nach dem übrigen Polen gelangten 99 922 To. (61 485 To.). Nach Deutsch-Oberschlesien 37 705 To. (32 442), nach dem übrigen Deutschland 91 313 (81 269), nach Deutschösterreich 55 482 (40 496), Tschechoslowakei 10 936 (10 217), Ungarn 2396 (2372), Danzig 22 440 (5290), Schweiz 1038 (3762), Rumänien 8961 (4551), Südslawien 389 (—), Schweden 1305 (670), Litauen 17 (155). Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche 396 458 To. (341 877 To.). Von den 39 647 angeforderten Wagen konnten 3081 gleich 7,8 Prozent (5153 gleich 14,9 Prozent) nicht gestellt werden.

Geldwesen.

≡ **Eine wichtige Abänderung der russischen Devisenvorschriften** hat kürzlich das Volkskommissariat für Finanzwesen eingeführt. Bisher wurden den Empfängern von ausländischer Valuta in Rußland nur Beträge bis zu 500 Rubel überlassen. Der Rest der Valuten mußte dem Empfänger auf sein Konto bei der Staatsbank gutgeschrieben werden. Jetzt darf, laut „Ek. Schisn.", dem Empfänger der gesamte Betrag der für ihn eingehenden ausländischen Valuten überlassen werden.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 14. Dezember. (Im freien Verkehr 1 g fein in 1000 Mkp.) Gold 3350, Silber 103, Platin 18 500; Silberrubel 1750, Goldrubel 3100. — London, 13. Dezember. Diskont 3¾, Silber bar 33 7/16, drei Monate 32 7/8, Gold 94.6. — Neuyork, 13. Dezember. Diskont 4¾. Inl. Silber 99 5/8. Ausl. Silber 65¼.

Metalle. London, 13. 12. 23. Standardkupfer 62.6.3.— Drei Mon. 62.18.9, Elektrolitkupfer 67.15, Standardzinn 239.17.6 — drei Mon. 241. Blei bar 31.15 — drei Mon. 30.— Zink bar 32.7.6 — drei Monate 32.12.6. Engl. Antimon 44.15, Quecksilber 9.17.6. — Neuyork, 13. Dezember. (Cts. pro 1 lbs.) Elektrolitkupfer 13.25, Zinn 48,25, Blei 7,50, Zink 6,22, Roheisen (Dollar pro 1 To.) 22,50, Weißblech (Dollar pro 100 lbs.) 5.50.

Produkten. Hamburg, 13. Dezember. (In Rentenmark.) Weizen 8.10—9.10, Roggen 7.10—8.50, Hafer 6.20—6.50, Wintergerste 7.90—8.30, Sommergerste 8.40—8.60, Mais 8.20—8.40. — Chicago, 13. Dezember. (Cents für 1 bsh.) Weizen (Mai) 109.12, (Juli) 107.12, Mais (Mai) 73.83, (Juli) 74.75, Hafer (Mai) 45.87, Roggen (Dez.) 67.50, (Mai) 74.—.

Börse.

≠ **Warschauer Börse v. 14. 12. 23.** (Markt der nicht notierten Werte.) Chybie 10 000, Kujawy 50 000, Zbiersk 950, Pruszków 310, Kauczuk 160, Lokomotywy 800, Nitrat 360, Machlejd 700, Hurt. Opałowa 40, Guma Rubber 140, Mała Wieś 2500, Dobrzyniewo 250, Bank Przemysłowców Polskich 350, Zakł. Chem. „Grodzisk 810, Krafft 1400—1500, Czempin 85, Sarniańska Huta Szklana 65, Zagożdżon 125, Przemysł Terpentynowy w P. 270, Wiór 108, Polski Jurotat 100, Warsz. Bank Zjednoczony 230, Polprod 290 bis 305.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 14. 12. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 2 265 000 (1 504 000), Mark 1 048 000 (418 000), Krone 892 000 (349 000), lateinische Münzeinheit 849 500 (349 000), Dollar 4 404 000 (2 011 000), Pfund Sterling 21 429 000 (sh. 437 200) türkische Pfund 19 315 000, schwedische Krone 1 180 000 (501 500), holländischer Gulden 1 770 000 (790 000), österr. Dukaten 10 073 000 (fl. 928 700) belgische und holländische Dukaten 10 049 000. 1 g Feingold 2 926 600 (83 600).

≠ **Die polnische Mark am 14. 12. 23. Danzig:** 1.122—1.128 (Parität: 800 000), Auszahlung Warschau 1.047—1.053 (Parität: 952 000). **Wien:** 115—145 (Parität: 76.80), Ausz. Warschau 115—135 (Parität: 80.00). **Budapest:** 0.40—0.50 (Parität: 22.21). **Prag:** Ausz. Warschau 6.12—7.62 (Parität: 145 600). **Neuyork** Aus. Warschau 0.00003 (Parität: 3 330 000) **Zürich:** Auszahlung Warschau 0.00015 (Parität: 665 000). **Riga:** Auszahlung Warschau 0.03 (Parität: 3330). **Bukarest:** Auszahlung Warschau 0.0058 (Parität: 17 250). **Tschernowitz:** Auszahlung Warschau 0.0043 (Parität: 23 210).

≠ **Berliner Börse vom 14. Dezember.** (In Millionen Mark. Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 596 000**, Brüssel 193 515, Christiania 626 430, Kopenhagen 748 125, Stockholm 1 105 230, Helsingfors 103 419, Italien 181 545, **London 18 534 000**, **Neuyork 4 189 500**. Paris 225 435, **Schweiz 730 170**. Spanien 548 625, Japan 1 985 025, Wien abgest. 59 450, Prag 123 690, Budapest 217 455, Bulgarien 28 528, Jugoslawien 47 880.

≠ **Ostdevisen in Berlin v. 14. 12.** Freiverkehr. (In Millionen, polnische Werte in Tausenden). Auszahlung: Bukarest 21 542 G., 21 758 B.; Riga 16 277 G., 16 523 B., Reval 9 925 G., 10075 B., Kowno 411 840 G., 420 160 B., Kattowitz 829 G., 895 B. Noten: polnische Mark 707 G., 743 B., lettische Rubel 15 300 G., 16 100 B., estnische Mark 9 750 G., 10 250 B., Litauen 400 G., 420 B.

≠ **Züricher Börse vom 14. Dezember.** (Amtlich.) Neuyork 5.7375, London 25.08, Paris 30.55, Wien 0.008075, Prag 16.775, Mailand 24.925, Brüssel 26.45, Budapest 0.03025, Helsingfors 14.175, Sofia 3.90, Amsterdam 219.125, Christiania 86.25, Kopenhagen 102.50, Stockholm 151.125, Berlin, 0.135, Belgrad 6.50, Athen 10.25, Konstantinopel 3.09.

≠ **Wiener Börse vom 14. Dezember.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Mrażnica 185—188, Montany 173, Zieleniewski 286, Apollo 887, Karpaty 486, Fanto 4230, Galicja 27 950, Schodnica 1500, Lumen 62.1, Bank Hipoteczny 17,5, Bank Małopolski 15.7, Kolej Północna 20 100, Nafta 2620, Lwów—Czerniowce 369, Nakszawa 110.

Warschauer Vorbörse vom 17. Dezember.

Deutsche Mark —. Dollar 5 200 000—5 700 000. Engl. Pfund 22 700 000. Schweizer Franken 906 000. Franz. Franken 275 500.

Warschauer Börse vom 15. Dezember.

Devisen:

Belgien	239 750	Paris	276 750
Berlin und Danzig	—.—	Prag	151 320
London	22 750 000	Schweiz	906 400
Neuyork	5 200 000	Wien	73,30
Holland	1 986 400	Italien	226 250
Goldfrank	1 002 600	Złotybons	—.—

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 17. Dezember 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	17 000 000—18 000 000	Braugerste	10 000 000—10 400 000
Roggen	10 000 000—10 400 000	Hafer	10 000 000—10 600 000
Weizenmehl	34 000 000—35 000 000	Weizenkleie	9 000 000
Roggenm.	16 000 000—17 000 000	Roggenkleie	8 000 000
Gerste	9 000 000	Fabrikkartoffeln	2 600 000

Die Marktlage fortgesetzt unverändert. — Tendenz: fest.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	17. Dezember	15. Dezember
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk I.-VI.	140 000	125 000
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. exkl. Kup.	300 000	—,—
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	280 000-300 000	270 000- 260 000
Bank Zjednoczenia I. Em.	—,—	60 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	400 000-450 000	390 000-400 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	200 000-230 000	230 000-200 000 —230 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	60 000—62 500	55 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	8000	7000—8000
Bank Młynarzy	23 000—20 000	25 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.)	170 000	170 000
R. Barcikowski I.—VI. Em. o. Bezr.	55 000—52 000	50 000—55 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	400 000	400 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	87 000—85 000	87 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	15 000—16 000	20 000—15 000
Centrala Skór I.—V. Em.	230 000-240 000	220 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	—,—	5 000 000 —6 000 000
Dębienko I.—IV. Em.	110 000	—,—
Galwana	28 000	26 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	50 000	55 000
Goplana	180 000-200 000	170 000-180 000
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	50 000—45 000 —55 000	50 000
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	250 000	250 000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	13 000	—,—
Hurtownia Skór I.—III. Em.	42 500	50 000—40 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—,—	10 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	550 000	580 000-550 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	40 000	40 000
Iskra I.—III. Em.	220 000	210 000
Juno I.—II. Em.	40 000	35 000
Len w Toruniu ohne Bezugsr.	150 000	150 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	7 400 000— —7 600 000	7 400 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	3 700 000 —3 500 000	3 700 000 —3 600 000
Młyn Poznański I.—IV. Em.	80 000	—,—
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	110 000	110 000-100 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	100 000-110 000	100 000
Orient I.—II. Em.	100 000	100 000
S. Pendowski I.—III. Em.	—.—	50 000
Płótno I.—III. Em.	95 000—85 000	90 000—85 000
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	60 000	60 000
Patria, I.—VIII. Em.	280 000-300 000	250 000-280 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	130 000-140 000 —135 000	140 000-135 000
Pneumatik I.—IV. Em. Ser. B o. B.	13 000—15 000 —14 000	11 000—12 000
Sarmatia I.—II. Em.	400 000	—,—
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em.	15 000—14 000	—,—
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em. exkl. Kup.	65 000	60 000—70 000
Tkanina I.—IV. Em.	55 000	55 000
Tri I.—III. Em.	—,—	125 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	800 000	825 000-800 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	320 000	320 000
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	1 550 000 —1 525 000	1 525 000 —1 500 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	24 000—26 000	25 000—26 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	160 000-150 000	150 000

Tendenz: nicht einheitlich.

Danziger Mittagskurse vom 17. Dezember.

1 Million poln. Mark .... 1,30 Gulden

1 Dollar .... 5,80 „

Spielplan des Großen Theaters.

Montag, 17. 12., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.

Dienstag, den 18. 12., 7½ Uhr: **„Das Schloß in Czorsztyn"**, Oper von Kurpiński und **„Hochzeit in Ojcowo"**, Ballett.

Mittwoch, den 19. 12.: Wegen Probe **geschlossen.**

Donnerstag, den 20. 12. 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**, Oper von Meyerbeer. Premiere. (Abonnement ungültig).

Freitag, den 21. 12. um 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper v. Offenbach.

Sonnabend, den 22. 12., um 7½ Uhr: **„Traviata"**, Oper von G. Verdi.

Sonntag, den 23. 12.: **„Die Hugenotten"**, Oper von Meyerbeer.

Die Verlobung ihrer Tochter
Ida
mit Herrn **Willi Mund**
in Suchylas
beehren sich anzuzeigen.

Wilhelm Lehmann u. Frau
Anna, geb. Gräfling.

Psarskie, im Dezember 1923.

Ida Lehmann
Willi Mund
Verlobte.

Suchylas, im Dezember 1923.

Am 12. d. Mts. entschlief sanft nach schwerem Leiden unsere hochverehrte Chefin, die frühere

Besitzerin der Herrschaft Bemischen

Frau Hedwig von Klitzing

geb. **Stengel,**

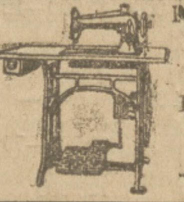
Dame des Louisen-Ordens, Inhaberin der Roten-Kreuz-Medaille.

Wir verlieren in der Entschlafenen eine stets wohlwollende und treusorgende Vorgesetzte und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Nowy dwór, den 14. Dezember 1923.

Im Namen der Beamten.

Pencke, Güterdirektor.



Nähmaschinen, Zentrifugen Fahrräder, Gummis,
Ersatzteile jeder Art.
Fräs- u. Dreharbeiten.
Reparaturen präzise und schnell.
Maschinenhaus Warta
Gustav Pietsch, Poznań
Wielka 25 (früher Breitestrasse).

Schmutz-Wolle

kaufe oder tausche

und zahle höchste Tagespreise.

Größte Auswahl von

Strumpf-, Sweater- u. Steppdeckenwolle.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

„TEKSTYL", Poznań, Kantaka 6

Ecke św. Marcin.

Achten Sie genau auf die Firma.



älteste und größte Leb- und Pfefferkuchenfabrik in Polen
gegründet 1763
Fabrikate von vorzüglichem Wohlgeschmack: Schokolade Lebkuchen ★ Zwieback ★ Keks Dessert- und Makronengebäck
★ ★ ★ ★ ★ **Nudeln** ★ ★ ★ ★ ★



Poznań, ul. Seweryna Mielżyńskiego 23, Telef. 4019

Franz Peschke

Gegr. 1886 **św. Marcin 21** Tel. 3156

Praktische Weihnachtsgeschenke

in Haus- und Küchengeräten
Glas, Kristall, Porzellan
Nickel- und Stahlwaren

Extra starke neue ungebr.

Dominiumgeschirre sowie neue, **Kutschgeschirre**

empfiehlt

Razer, Sattlerei, ulica Szewska 11.

Wenig gebrauchter Teppich von bester Qualität, **3×4** oder **4×5** und **10—20** m besten Läufer **zu kaufen gesucht.** Offerten unter **4532** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wir empfehlen zu Weihnachtsgeschenken

Werke *der verschiedensten* **Literatur** *zu* **bedeutend ermäßigten Preisen** *und bitten um Besichtigung des Bücherlagers. Besonders machen wir* **auswärtige** *Reflektanten hierauf aufmerksam. Die* **Bücher** *sind größtenteils* **recht gut erhalten** *und zum* **Teil wie neu.**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.
Abt.: Versandbuchhandlung.

SUKIENNICE

Tuchhallen-Poznań, Stary Rynek 56. Alter Markt

Ein Besuch der „SUKIENNICE"
liegt im Interesse eines Jeden
Gute Waren. — Große Auswahl. — Niedrigste Preise.

Sonderangebot!
Posten I
enthält 800 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für praktische Mäntel — Ulster — Anzüge und Kostüme.
Das Meter zu
3,950 000 Mk.

Sonderangebot!
Posten II
enthält 1200 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für elegante Mäntel — Ulster — Anzüge — Hosen u. Kostüme.
Das Meter zu
5,800 000 Mk.

Reste u. Coupons 20% unter Tagespreis.

Sämtliche Winterwaren bedeutend ermäßigt.

Tuch-Ausschnitt Erklassiger Erzeugnisse der Bielsko - Biała - Zgierz - Tomaszów u. ausländ. Fabriken.

Für den Christbaum **Glasschmuck Lametta Engelshaar**

Wunderkerzen, Lichte, Lichthalter in grösserer Auswahl empfiehlt

Drogerie Universum, Poznań, Fr. Ratajczaka 38.

Auf

Schmuckgegenstände

15% Preisermäßigung.

Auf alle Uhren 10% Preisnachlaß!

Witold Stajewski,
Poznań, Stary Rynek 95.

Lampenschirme und Teepuppen
werden angefertigt bei
Lewinsohn b. Ulrich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 36 I. r.

Eine eiserne
Kochmaschine
zu **verkaufen.**
Adolf Werner, Widzim Stary
bei **Wolsztyn.**

Verschiedenes

Heirat! Reiche Ausländerinnen u. vermög. deutsche Damen wünschen glückl. Heirat. Herren, a. ohne Verm., gibt kostenl. Auskunft **Stabrey, Berlin N. 113, Stolpischestr. 48.**

Wer macht in Deutschland Personen **Weihnachtsfreude m. Lebensmitteln,** geg. ebensolche in **Polen?** Adresse erbeten postlagernd **A. 300 Kobylin.**

Arbeitsmarkt

Tüchtiger
Schreibmaschinen-Vertreter
mit eigener Werkstatt von erster deutscher Großfabrik gesucht. Off. unt. **T. 130** an
Ala-Haasenstein & Vogler
in **Dresden** erbeten.

Für intensivste Rübenwirtschaft
von 3300 Morgen mit großem Erbsen- und Rübensamenanbau, Brennerei- und Flockenfabrik wird zum **1. April 1924**
1. verheirateter Beamter
gesucht. Nur solche, die ähnliche Wirtschaften langjährig geleitet haben, finden Beachtung. Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Empfehlungsschreiben unter **X. P. 4467** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gesucht werden für 1. April 1924
Monteur zur Inbetriebhaltung und **selbständigen** Reparatur **sämtlicher** landwirtschaftl. Maschinen. Zeugnisabschr. u. Ausweis über bisherige Tätigkeit und Lehrzeit bei evtl. Anmeldungen erforderlich, — ferner
Dominalschmied mit **eigenem Werkzeug.** Offerten unter **G. 4534** an die Geschäftsstelle dies. Blattes.
(4530)

Gesucht zum 1. April 1924
verheirateten Stellmacher mit Burschen
tüchtig in seinem Fach. Abricht- und Radmaschine mit Motorantrieb vorhanden.
Dom. Górzewo (Uhlenhof)
bei **Ryczywół** (Ritschenwalde.)

Tüchtige evangelische Wirtin
für **Landhaushalt** zur Unterstützung der Hausfrau per 1. Jan. 1924 oder später **gesucht.** Bewerbungen unt. **D. B. I. 4526** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche sofort oder vom 1. Januar 1924 **ein Kinderfräulein,** welches auch den Fröbelgarten durchgemacht hat. Gehaltsansprüche je nach **Wunsch.** Offerten mit Zeugnisabschriften bitte zu richten an **H. Szulc, Chojnice, Pomorze,** Manufakturwarengeschäft.
(4482)

---

2 tücht., ehrliche Dienstmädchen
aufs **Land** zum 1. Januar 1924 **gesucht.** Gelegenheit zur Erlernung des Haushalts wird geboten. Off. unter **A. E. 4527** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Müllergeselle
selbständiger, welche größere Erfahrung in Reparaturen hat, wird für kleinere Wassermühle gesucht. Etwas polnisch erwünscht. Angebote m. Lebenslauf u. **4514** a. d. Geschst. d. Bl.

Stellengesuche

Oberinspektor
evgl., Ende 20er, Gutsvorstehergeschäfte verricht. wünscht sich zu verändern. Gefl. Zuschr. mindestens 6 Wochen vor Antrittstermin zu **richten** unter **L. 4364** a. d. Geschst. d. Bl.

Staatlich gelernter
Förster,
deutsch u. poln. sprechend und schreibend, 25 J. alt, sucht eine Dauerstellung auf gleich **oder** später, als Unverh. oder Verheirateter. Bin in allen Zweigen bewandert, auch in Kultur, Holzeinschlag usw. Beste Referenzen zur Seite. Gefl. Angeb. u. **B. 4437** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Junge Witwe aus guter Familie sucht Stellung als **Stütze** im Gutshaush. Gefl. Off. u. **B. 4454** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

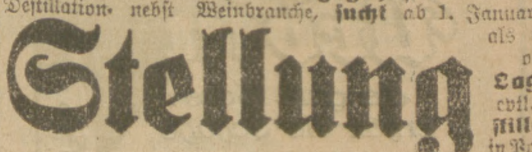
Jüng. Wirtschaftsbeamter
$4\frac{1}{2}$ Jahre Praxis, 23 Jahre alt, sucht zum 1. Januar 1924
Stellung.
Zuschriften unter **Nr. 4525** an die Geschäftsstell d. Blatt.

Landwirtstochter,
18 J., wünscht auf Gut unter Leitung der Hausfrau sich im
Haushalt
zu vervollkommnen. Sie hat ½ J. eine Haushaltungsschule besucht. Familienanschluß erw. Antritt 15. Jan. od. sp. Angeb. unt. **F. P. 4505** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Außer anderen **land-, forst- u. gartenwirtsch. Beamten** empfehle für Polen besonders 35jährigen, polnisch sprechenden
Inspektor,
Deutscher, nunmehr polnischer Staatsangehöriger, mit oder ohne eigenen Haushalt.
Paul Kramer, gewerbsmäß. Stellen-Vermittler, **Breslau,** Moritzstraße 15.

Wirtschaftsfräul., 28 Jahre alt, sucht Stellung in besserem Hause zum 1. 1. 1924. Off. unt **L. 4516** a. Gschst. d. Bl.

Junger, strebsamer, arbeitswilliger und ehrlicher Mann (Optant), von Beruf **Handlungsgehilfe** der Lebensmittel-, Destillation- nebst Weinbranche, **sucht** ab 1. Januar 1924 als **Küfer** oder **Lagerist,** evtl. **Destillateur** in Polen oder



im Auslande. **Deutsche** und **polnische Sprachkenntnisse** vorhanden.
Gefl. Zuschriften unter 4523 an die Geschäftsstelle d. Bl.